PREIS: ÖS 15,

alle 14 Tage orandaktuell

Jnabhängige Ir

MINUS 29 NUMMER

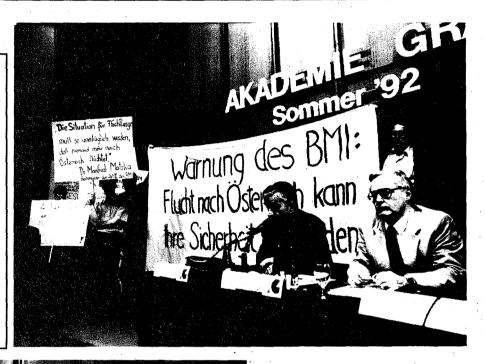
(10/92)

3. JUNI 1992

Schwerpunkt dieser Nummer:

Flüchtlinge und Asyl

- # Achtung Staatsgrenze
- # Drohende Räumung am Währinger Gürtel
- # Neues Asylgesetz
- # Flüchtlingsprojekt in Guatemala
- #1.Mai in der Türkei





Minister Löschnak schwer bedrängt auf der Grazer Sommerakademie

und außerdem:

- #Einheitsverliererinnen
- # Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel
- # Wiederbetätigungsprozesse
- # Machtinstrument
 Bevölkerungspolitik
- # Piratenradio
- # Sigi Maron bekennt



TATblatt Solifest

Freitag, 19.Juni 92 ab 19^h

P

Vorraum des Audimax der TU Getreidemarkt9, 1060 Wien



Flüchtlinge im Haus Währinger Gürtel 117 von Räumung bedroht!!

Im Haus Währinger Gürtel 117 wohnen zur Zeit etwa 40 anerkannte Flüchtlinge. Dieses Haus wurde vom "Fonds zur Integration von Flüchtlingen" von einer Privatperson gemietet und wird eben anerkannten Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Die Verträge, die die Flüchtlinge unterzeichnen müssen, sind allerdings haarsträubend — noch dazu enden sie mit dem 31.5.1992. Die Räumung droht.

(Flüchtlingsverbindungskomitee)

Der Flüchtlingsfonds ist ein Fonds, in dem Innenministerium und UNHCR (der UN-Flüchtlingskommission) zusammenarbeiten und dessen Ziel es ist, anerkannten Flüchtlingen in Österreich die "Integration" — was auch immer das heißen soll — zu erleichtern. Die Verträge, die von den Flüchtlingen unterzeichnet werden müssen, sind "Leihverträge", das heißt, es wird keine Miete verlangt. Die BewohnerInnen müssen "nur" Betriebs- und Heizkosten zahlen, sind dafür aber jederzeit kündbar.

Die meisten Verträge, die dieses Haus betreffen (es gibt in Wien insgesamt drei Häuser, die in dieser Form genutzt werden) wurden beginnend mit dem 1. Dezember 1991 für ein halbes Jahr absgeschlossen und enden mit dem 31. Mai 1992. Schon im Leihvertrag haben sich die MieterInnen verpflichten müssen, einen Räumungsvergleich am Bezirksgericht zu unterschreiben, in dem sie bestätigen, daß sie zum Vertragsende "freiwillig" die Wohnungen verlassen. Diese Räumungsvergleiche wurden auch von den meisten BewohnerInnen unterschreiben, zum Teil unter massivem Druck durch das Bundesministerium für Inneres.

So waren bei einigen Gerichtsterminen zwar kein Dolmetsch, dafür aber zwei Beamte des Innenministeriums anwesend.

Tatsache ist, daß keine der betroffenen Familien ab 1. Juni über eine andere Wohnung oder auch nur die Aussicht auf eine solche verfügt, daß sie also alle auf die Straße müßten. Von der MA 50 (zuständig für die Vergabe von Gemeindewohnungen) wurden die von allen Anträge auf Gemeindewohnungen abgelehnt. Mit der Begründung, die Antragsteller verfügten nicht über die notwendigen Anspruchsvoraussetzungen!!! Die "drohende Obdachlosigkeit", die eigentlich als Anspruchsvoraussetzung gilt, trifft laut Auskunft der MA 50 auf die betroffenen Flüchtlinge deshalb nicht zu, weil sie Ergebnis eines befristeten Mietvertrages ist - die Leute sind also selbst schuld, wenn sie befristete Verträge eingehen.

Die Strategie des Innenministeriums in diesem Fall ist ziemlich klar: Sie zielt darauf ab, die BewohnerInnen zu spalten, um gemeinsamen Widerstand zu verhindern. So wurde einigen Betroffenen in der letzten Woche in Aussicht gestellt, daß ihre Leihverträge eventuell um einige Monate verlängert werden könnten, während anderen

ganz klar mitgeteilt wurde, daß es seitens des Ministeriums keine Verhandlungsbereitschaft geben werde, und sie damit rechnen müssen, in den nächsten Tagen des gerichtlichen Räumungsbescheid zu erhalten

Zuvorgegangen ist diesem Spiel ein gemeinsamer Brief einiger HausbewohnerInnen an das BMI, in dem sie eine genaue Abrechnung der Betriebs- bzw. Heizkosten verlangen, um die Leihverträge möglicherweise gerichtlich anfechten zu können, wenn sich herausstellt, daß in den Betriebskosten versteckte Mieten enthalten sind.

Um die drohende Räumung zu verhindern, müssen in jedem Fall möglichst viele Personen und Medien Druck auf den Flüchtlingsfonds ausüben und sich bereithalten, um bei Räumungsterminen im Haus zu sein! Also: Briefe an den Flüchtlingsfonds im BMI, Herrengasse 7, 1014 Wien, Anrufe an Herrn Engelhardt, Tel. 53126-5559 oder -5585.

Informiert Euch täglich bei ANNA/Andere Nachrichten, dort wird versucht alle aktuellen Infos und Termine unterzubringen: TEl 58801-5801. ●

Kämpfen wir gemeinsam gegen das neue Asylgesetz!

(Flugblatt)

Am 1. Juni 1992 tritt das neue österreichische Asylgesetz in Kraft. Nach diesem Gesetz wird es praktisch unmöglich sein, in Österreich politisches Asyl gewährt zu bekommen. Es wird ein Mandatsverfahren eingeführt, mittels dem im Schnellverfahren festgestellt wird, ob ein Asylantrag "offensichtlich begründet" oder "offensichtlich unbegründet" ist. Nach Abschluß dieses Verfahrens kann sofort abgeschoben werden. Als "offentsichtlich unbegründet" gelten Anträge:

- wenn AsylbewerberInnen ihre Identität nicht ausreichend nachweisen könen,
- wenn sie aus einem "sicheren Staat" stammen
- und wenn sie nicht direkt aus dem Verfolgerland nach Österreich gelangen.

Wären diese Bestimmungen schon 1991 angewendet worden, hätten, abgesehen von den Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, in diesem Jahr ganze 300 Personen Anspruch auf ein Asylverfahren gehapt; nämlich jene, die mit gültigen Papieren (!!), auf dem Luftweg, aber ohne Zwischenlandung (!!) nach Öster-

reich gekommen sind und aus einem Land kamen, daß nach "allgemeinen Erkenntnissen" als "nicht sicher" gilt.

Von diesem Gesetz sind aber nicht nur AslywerberInnen betroffen, die nach dem 1. Juni einen Antrag stellen, sondern auch alle, deren laufendes Verfahren sich in der Berufungsinstanz (Innenministerium) befindet. Nach dem neuen Gesetz werden im Berufungsverfahren die Verfahren der 1. Instanz nur nach formalen Fehlern überprüft! Einzige Ausnahmen sind das Einbringen von neuen Beweismitteln, die im ersten Verfahren noch nicht verfügbar waren und politische Veränderungen im Herkunftland. Das Innenministerium kann in Zukunft also die Ergebnisse der 1. Instanz (in der fast 100 % der Anträge abgelehnt werden), bestätigen, ohne sie inhaltlich noch einmal zu überprüfen!

Es muß verhindert werden, daß in Zukunft noch mehr Asylanträge als bisher abgelehnt und AsylwerberInnen massenhaft abgeschoben werden!

Es geht nicht darum, an das moralische Gewissen irgendwelcher PolitikerInnen zu appelieren, Flüchtlingen gegenüber "human" vorzugehen. Es geht darum, daß Flüchtlinge, egal ob sie aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen müssen, ein Recht darauf haben hierher zu kommen!

Österreich ist durch seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den reaktionären Regimen von Iran bis nach Rumänien mitverantwortlich für die Zustände, die die Menschen dort dazu zwingen zu flüchten. Die österreichische Wirtschaft profitiert prächtig von der Unterdrückung der Völker und der Zerstörung der Lebensgrundlagen in Osteuropa und der sogenannten "Dritten Welt".

Österreich war nie das "liberale Asylland", als das es von vielen Politikern gerne bezeichnet wird. Das Ziel des neuen Asylgesetzes ist es letztlich dieses Land endgültig "flüchtlingsfrei" zu machen.

- Weg mit dem neuen Asylgesetz
- Weg mit allen rassistischen Sondergesetzen
- Weg mit allen Einreisebestimmungen
- Für freie Einreise für alle ausländischen Werktätigen und den vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen

1. Mai in der Türkei und in Kurdistan auf den Straßen gefeiert

Gegen unseren Eindruck, daß es in Türkei und Kurdistan am 1.Mai nicht zu den weltbewegenden Szenen vergangener Jahre kam, soll die folgende Zusammenfassung eine Übersicht bieten, die aber auf keinen Fall Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

(Kurdistan Rundbrief)

In Instanbul verlief der 1. Mai im Gegensatz zu den vergangenen Jahren relativ ruhig. Bei der verbotenen 1.-Mai Demonstration wurden 8 Menschen verhaftet. Der Taksim Platz, wo 1977 eine 1.- Mai Kundgebung niedergeschossen und vor 3 Jahren Mehmet Dalci durch Polizeischüsse ermordet wurde, glich einem Militärlager. Die Gendarmerie griff gegen eine Kundgebung in Ensenyurt von den Arbeitern der NESA und Nurol ein. Bei einer von der SP durchgeführten Kundgebung in Gaziosmanapasa, an der sich 1500 Menschen beteiligten, wurden TeilnehmerInnen verhaftet, die Transparente hochhalten wollten. Alya Önder und Suat Kozluk, Journalisten der Zeitschrift Gereck, wurden von der Polizie zusammengeschlagen, als sie fotografierten, wie die Leute mit den Transparenten von der Polizei angegriffen wurden. Ihnen wurden ihre Filme abgenommen.

In Izmir kamen 500 Leute zu einer

Kundgebung auf dem Konak Platz. Der Versuch einer Gruppe, nach dieser Kundgebung eine Demonstration zu starten, wurde mit Polizeigewalt verhindert. Die Polizei setzte Tränengas ein und verhaftete 200 TeilnehmerInnen.

In Diyarbarkir, wo der 1. Mai vom Gouverneur verboten wurde, fanden mehrere Demonstationen statt. 1000 Studenten der Dicele-Universität boykottieren die Vorlesungen und beteiligten sich an Demonstrationen.

In den kurdischen Stadtteilen Daglioglu und Barbaros in Adnan begannen sich die BewohnerInnen in den frühen Morgenstunden zu versammeln. Sie sangen revolutionäre Lieder und riefen kurdische 1. Mai-Parolen und Parolen für den nationalen Befreiungskampf der PKK. AM 4. Mai wurden in den beiden Stadtteilen Polizeioperationen gegen Cafes durchgeführt, die am Newroz und am 1. Mai geschlossen hatten. Dabei wurden über 100 Menschen verhaftet. Den BesitzerInnen wurde gedroht, daß

sie ihre Cafes für immer schließen müßten, weil sie an diesen Feiertagen geschlossen hatten, die nach staatlicher Auffassung keine Feiertage sind. Sie wurden als Terroristen bezeichnet, weil sie die Zeitung Yeni Ülke lesen

Eine weitere Demonstration von 3000 Leuten gab es am Nachmittag im Stadtteil Karasu. Die Polizei nahm 2 Teilnehmer fest.

In Mersin kamen 5000 Menschen zur 1. Mai Demonstration, auf der auch "Schluß mit den Hinrichtungen ohne Urteil", gefordert und "Arbeiter und Botan, Hand in Hand" gerufen worden ist.

52 Menschen der Plattform fortschrittlicher Zeitschriften, die ein gemeinsames Plakat und einen Aufruf zum 1. Mai herausgegeben hatten, wurden im Zusammenhang mit den Plakaten und Flugblättern schon vor dem 1. Mai festgenommen. Gegen 12 von ihnen ist Haftbefehl erlassen worden, die anderen sind wieder frei. ●

Deutschland:

"Einheitsverliererinnen" Frauen

Die Folgen der Währungsunion und des Einigungsvertrags spalten die ostdeutsche Bevölkerung in "EinheitsverliererInnen" und "EinheitsgewinnerInnen". Eindeutige Verliererinnen scheinen die Frauen zu sein, die von Risiken überdurchschnittlich betroffen sind, an den Chancen jedoch unterdurchschnittlich teilhaben.

(kontraste/TATblatt-Wien)

Das Prinzip der einfachen Implementierung des westdeutschen Regulationsmodells von Wirtschaft und Gesellschaft in den neuen Bundesländern läßt bisher keine Anzeichen eines sich selbst tragenden Aufschwungs erkennen, sondern brachte vielmehr eine ungleiche Verteilung von Nutzen und Lasten der deutschen Einheit. Jene Bevölkerungsgruppe, die durch die Reorganisation generell benachteiligt scheint, sind die Frauen im Osten.

Die Entlassungswelle durch die Stillegung der Betriebe traf vor allem Frauen, die, nun freigesetzt, auch wesentlich geringere Wiedereinstellungschancen als Männer haben. Im Februar lag die Arbeitslosenquote der Frauen mit 21 Prozent beinahe doppelt so hoch wie die der Männer mit 12 Prozent.

Der Beschäftigungsabbau der Frauen geht einher mit deren Verdrängung aus qualifizierten Tätigkeitsbereichen und der Zunahme des Anteils von Frauen in den unteren Tarifgruppen. Zwischen Jänner und Oktober 1991 sank der Anteil der beschäftigten Facharbeiterinnen von 35 auf 28 Prozent, jener der ungelernten Arbeiterinnen stieg um ein Prozent, jener der angelernten Arbeiterinnen um 5,5 Prozent. Waren im Juni 1991 noch etwa 100.000 Frauen in einer Leitungsfunktion tätig, so war im April 1991 kaum eine Frau auf einem solchen Posten zu finden (da stimmt was mit

dem Datum nicht, der Tipper). In jüngster Zeit zeichnet sich als neuer Trend ab, daß Männer zunehmend in chemals typisch "weibliche Dienstleistungszweige", beispielsweise bei der Post oder den Sparkassen vordringen und Frauen von ihren Arbeitplätzen verdrängen.

Ein Vergleich der Lohn- und Gehaltsstrukturen zu Beginn des vorigen Jahres zeigt, daß die männlichen Beschäftigten im Zuge der Angleichung der Verdienststrukturen auf allen Ebenen höhere absolute und relative Einkommensverbesserungen zu erwarten hatten als die weiblichen Beschäftigten. Die Differenz der Männergehälter hat sich zwischen Jänner und Oktober 1991 in der obersten Angestelltengruppe zu den Gehältern der Frauen in der untersten Angestelltengruppe von 82 auf 91 Prozent erhöht.

Ein Verdrängungsmechanismus, der sich in der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit und der Verschlechterung der Beschäftigungsstruktur niederschlägt, ist die Abschaffung von Freistellungsrechten zugunsten der Betreuung von Kindern bei gleichzeitigem Abbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung, sowie neue Mobilitätsanforderungen und Arbeitszeitsysteme, die keine Rücksicht auf die familiäre Situation der Beschäftigten nimmt. Die Folgen der Implementierung des westdeutschen "Normalarbeitszeitverhältnisses" lassen sich bereits an der Entwicklung der privaten Ar-

beitsteilung zwischen den Geschlechtern erkennen. So belegt eine Untersuchung, daß der Anteil der gemeinsam erledigten Hausund Familienarbeiten zurückgeht, ebenso der Umfang der von Männern geleisteten Arbeiten, hingegen nimmt aber der Arbeitsanfall für die Frauen bei fast allen häuslichen Tätigkeiten zu.

Nicht nur für Frauen, sondern auch für die Männer in der ehemaligen DDR war soziale Identität eng mit Erwerbstätigkeit verbunden. In den subjektiven Lebensorientierungen ist somit "Hausfrauendasein" nach wie vor negativ besetzt. Die Frauen in den neuen Bundesländern halten ihren Anspruch auf eigenständige Existenzsicherung ungebrochen aufrecht. Rund 80 Prozent der erwerbslosen Frauen wollen wieder arbeiten, im Westen sind es hingegen nur 50 Prozent. Die Anstengungen zur Rückgewinnung der eigenen Berufsperspektiven reichen von einer hohen Weiterbildungsorientierung bis hin zu Anzeichen eines "Gebärstreiks".

Etwa in gleichem Ausmaß des Geburtenrückgangs ist auch ein Sinken der Zahl der Eheschließungen zu verzeichnen. Als Hauptmotive für die "Ehe-Unlust" sehen ExpertInnen die verschlechterte soziale Lage, das veränderte Scheidungsrecht, aber auch die Abwanderung junger Leute in den Westen Deutschlands.

Quellen: WSI-Mitteilungen 4/92, Frankfurter Rundschau vom 14.3., 27.4. und 30,4.1992. ●

Der folgende Artikel ist die stark gekürzte Darstellung des Bundesheer-Assistenzeinsatzes, sozusagen ein Querschnitt durch das Bucht "Achtung Staatsgrenze".

"HALT, GRENZÜBERWACHUNG!"

Der Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der österreichisch-ungarischen Grenze

Am 4. September 1990 beauftragte der Ministerrat das Bundesheer "zur Hintanhaltung des Ansteigens der Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge und zur spürbaren Minderung der im Zusammenhang mit illegalen Grenzübertritten feststellbaren fremden-, asyl- und kriminalpolizeilichen Problemen" die Gendamerie und Zollwache bei der Überwachung der Staatsgrenze zu unterstützen.

(von Markus Kemmerling und Gerold Ecker)

Schon am nächsten Tag zogen Soldaten ins Burgenland, um die österreichischungarische Grenze zwischen Deutsch-Jahrndorf und Lockenhaus zu kontrollieren. Der Auftrag des Heeres wurde im November '91 auf das Südburgenland erweitert, sodaß dieses seitdem die gesamte Grenze zu Ungarn in einer Länge von rund 350 Kilometern mit etwa 2.000 Mann überwacht. Dieser Assistenzeinsatz ist per Regierungsbeschluß mit einer Höchstzahl von 4.000 Mann bis Ende 1992 abgesegnet. Eine weitere Verlängerung dürfte allerdings lediglich eine budgetpolitische Frage sein, da es die Intention des Innenministers ist, "die Grenzsicherung so lange aufrechtzuerhalten, solange dies ohne eine gesetzliche Änderung und ohne eine Teilmobilmachung geht"². Mit Jahresende 1991 hatten bereits 30.000 Mann an der militärischen Flüchtlingsabwehr teilgenommen.

Zum Einsatz kommen neben etwa 500 Berufs- und Zeitsoldaten Grundwehrdiener ab dem dritten Monat ihrer Ausbildung, welche jeweils für fünf Wochen zum Grenzschutz abkommandiert werden. Jeder "felddiensttaugliche" Präsenzdiener muß einmal zum Assistenzdienst einrücken.

Die Gesamtkosten des Grenzeinsatzes belaufen sich auf etwa eine Milliarde Schilling, das entspricht 5% des gesamten Heeresbudgets. Österreich läßt sich somit jeden aufgegriffenen Flüchtling mehr als 130.000;- Schilling kosten!

Der Assi-

stenzeinsatz

gründet sich

auf Artikel

79 Absatz 2

Bundesver

fasungsges

etz (B-VG), wonach das

Bundesheer

"zum

Schutz der

verfassungs

mässigen

Einrichtun

gen ... sowie

der demo-

kratischen

Freiheiten

der Einwoh-

ner" und zur

"Aufrechte

rhaltung der

Ordnung

und Sicher-

heit im In-

neren über-

haupt"

gen werden kann, "so-

weit die ge-

setzmässige

zivile Ge-

walt seine

Mitwirkung

herangezo

in Anspruch nimmt". Er stellt demnach eine Art "Notstandsverfahren" da, welches bis jetzt erst zweimal zur Anwendung kam: 1967 gegen die illegal die Grenze überschreitenden "Südtirol-Bumser", welche in Südtirol Sprengstoffanschläge verübten, und 1934 von Dollfuß zur Niederschlagung der Februar-Aufstände. Die Einsätze an der ungarischen Grenze 1956, an der tschechoslowakischen 1968 und an der jugoslawischen 1991 waren "militärische Grenzsicherung".

Die "Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren" kann so ziemlich alles umfassen (etwa bereits "Anstandsverletzungen" oder "ungebührliche Lärmerregung"). Es ist ein typischer "unbestimmter Gesetzesbegriff", der zudem umfassender ist, als der sonst im BV-G enthaltene Sicherheitsbegriff. Die Frage ist, ob die "Hintanhaltung des Ansteigens der Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge" und die "Minderung der im Zusammenhang mit illegalen Grenzübertritten feststellbaren fremden-, asyl-3 und kriminalpolizeilichen Probleme" - so der Auftrag des Ministerrats - die "Ordnung und Sicherheit" so stark gefährden, daß dies einen militärischen Einsatz rechtfertigt. Aber selbst dann wenn der Grenzeinsatz anfangs verfassungskonform gewesen sein sollte, so wird dies umso fraglicher, je länger er dauert.

Zynisch mutet der Auftrag des Ministerrats in Hinblick auf die angeblichen "fremdenpolizeilichen Probleme" an. Gemeint ist offensichtlich die "illegale" Einreise selbst, welche strafbar ist und eine sofortige Zurückschiebung erlaubt⁴. Da Flüchtlinge an den offiziellen Grenzübergängen so gut wie immer zurückgewiesen werden, da sie also llegal einreisen müssen, sind es die österreichischen Gesetze und Behörden und nicht die Flüchtlinge, die diese "Probleme" schaffen.

Eine (längst fällige) Buchrezension "ACHTUNG

STAATSGRENZE!"

ist der Titel einer "Österreich-ohne-Heer"-Broschüre, die im April erschienen ist.

Der inhaltliche Bogen spannt sich von einer allgemeinen Betrachtung des "Phänomens Migration" über eine psychologisch-politische Analyse von Fremdenangst und -haß bis zur Darstellung der harmonisierten repressiven europäischen "Ausländerpolitik" (sowohl auf EG-Ebene, als auch anhand nationaler Beispiele).

Eingehend wird der sogenannte Assistenzeinsatz des Bundesheeres zur militärischen Grenzsicherung dargestellt. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen gewidmet. Wobei nicht nur das neue österreichische "Asylgesetz" und das geplante österreichische Niederlassungsgesetz, sondern auch die Gesetzesänderungen anderer europäischer Staaten berücksichtigt werden.

Ein wesentliches Anliegen dieser Broschüre ist, die festgefahrende Debatte mit der Forderung nach "Offenen Grenzen" auch im links-alternativen Bereich aufzubrechen. ACHTUNG STAATSGRENZE! Zeitbombe Migration? - Europas Krieg gegen die Armen.

116 Seiten A5; Hg.: Ecker, Kemmerling, Parnreiter.



für 60,— Schilling zu beziehen bei: "Österreich ohne Heer", Schottengasse 3a /I/4/59, 1010 Wien.

oder telefonisch unter 0222/533 12 38 (MI 13 bis 16 und Fr. 17 bis 19 Uhr).

Das Aufgreifen illegaler Grenzgängerinnen

"Wir sind das österreichische Bundesheerund nicht die Securitate."
(Bataillonskommandant Siegfried Albe⁵)

Die Aufgabe des Heeres besteht im Auf-

greifen, nicht aber im Zurückschieben der "illegalen" GrenzgängerInnen und dem Transport zu den sowie die Bewachung der Sammellager. Solche Sammellager wurden etwa in Neusiedl, Oberpullendorf und Siegendorf eingerichtet.

Die Präsenzdiener besitzen "eingeschränkte Exekutivgewalt", sie müssen die Flüchtlinge mit "sanften Mitteln" anhalten. Darunter sind Polizeigriff und Fesseln zu verstehen, Methoden, welche den Flüchtlingsjägern von den TerroristInnenjägern der Gendamerie ("Kobra", "Kranich") beigebracht werden. Sie sind weiters mit kugelsicheren Westen, Messern und vor allem mit Nachtferngläsern mit Restlichtverstärkern ausgerüstet.

Das Aufgreifen "illegaler" GrenzgängerInnen spielt sich in etwa so ab: Entdeckt ein Soldat einen Flüchtling, muß er zunächst das Sprücherl "Halt, Grenzüberwachung!" aufsagen. Darauf kommen die meisten, so ein Präsenzdiener, schon von alleine: Wer völlig durchnäßt ist oder schwere Erfrierungen aufweist, der oder die leistet gegenüber seinem/ihrem Aufgreifen nicht viel Widerstand.

Nach erfolgtem Aufgreifen werden die vorläufige Festnahme ausgesprochen, Waffen abgenommen und die Männer nach Ausweisen etc. untersucht. Frauen und Kinder dürfen nicht von Rekruten, sondern nur von Frauen durchsucht werden. Die per Funk angeforderte sogenannte Eingreiftruppe bringt die Flüchtlinge in den Zuggefechtsstand, durchsucht sie abermals, erfaßt die Daten und übergibt sie dann entweder der Gendamerie oder überführt sie in ein Sammellager.

Drei Aufgaben sind es, welche laut Bundesheer der "Assistenzeinsatz zur Grenz-überwachung" zu erfüllen hat. Als schwer quantifizierbar sehen die Militärs, die von ihren Auftraggebern geforderte "präventive Abhaltewirkung". Für den Leiter des Einsatzstabes, Oberstleutnant Zsifkovits, verursacht jeder illegale Grenzgänger, der durch die Präsenz des Heeres abgeschreckt wurde "erstens dem Staat keine Kosten und zweitens den Sicherheitsbehörden keine zusätzliche und aufgrund der Sprach- und Dolmetschproblematik äußerst komplizierte Arbeit". Der zweite Aufgabenteil ist das Aufgreifen von GrenzgängerInnen, die sich nicht abschrecken ließen durch den Heereseinsatz. Dies dürfte den soldatischen Tugenden schon eher entsprechen als die ominöse Abhaltewirkung, denn "immerhin sind ja die eigenen Leute mit Aufgreifungen besser zu motivieren als mit dem abstrakten Begriff der Abhaltung". Schließlich nennt Zsifkovits noch die Erhöhung des Sicherheitsgefühles der Grenzbevölkerung als dritten Aufgabenteil.

Die Grundwehrdiener erleben ihren Einsatz nach eigenen Aussagen durchaus positiv, da "man das, was man gelernt hat, ein wenig praktisch ausüben kann" und "man mit Kameraden wirklich in einem Einsatz zusammenlebt" (diese Aussagen wurden allerdings in Anwesenheit eines Ausbildners getroffen).

Belastend wird der Einsatz für die Rekruten erst bei der tatsächlichen Konfrontation mit dem Elend, insbesondere beim Dienst in jenen Abschnitten, wo es zu zahlreichen Aufgriffen kommt und wo sie des öfteren mit ansehen müssen, wie Flüchtlinge mit der Rettung abtransportiert werden

Abseits der konkreten Konfrontation halten die Soldaten die GrenzgängerInnen allerdings durchwegs für "Wirtschaftsflüchtlinge", welche den ÖsterreicherInnen an ihre Wohlstandskrägen wollen und die mit dem in Österreich gemachten Geld "den ganzen Clan daheim erhalten ... Politisch verfolgt sind die sicher nicht." Darüberhinaus entziehen sie sich mit dem Hinweis ihrer Verantwortung, daß sie die Flüchtlinge ja lediglich aufgreifen und der Gendamerie übergeben würden. Zurückgeschoben würden die Flüchtlinge ja von dieser und nicht vom Bundesheer. Ein klassischer Fall von Pflichterfüllung.

Die Aufnahme bei der Grenzbevölkerung

Das Bundesheer genießt die großzügige Unterstützung der Landesregierung, Gemeinden und privater SpenderInnen. Seine Aufnahme in der Grenzregion ist nach eigenen Angaben "phantastisch", da "sich die Frauen wieder einkaufen gehen trauen". Dieses auch von den durchwegs heeresfreundlichen österreichischen Medien kolportierte Bild einer positiven bis überschwenglichen Aufnahme "unseres Heeres" durch die Bevölkerung ist die eine Wirklichkeit, die offizielle und mediale. Eine Wirklichkeit, die ihr Ziel erreicht hat, eine breite Zustimmung zum Krieg an der Grenze zu produzieren.

Die andere Wirklichkeit, die vor Ort, ist nicht ganz so "phantastisch", hat sie doch auch ihre Schattenseiten: Rekruten, die in Wirtshäusern kontrollieren und Schlägereien anzetteln sowie in Diskotheken Frauen anmachen; Landwirte, die mitten auf dem Acker mit vorgehaltenem Sturmgewehr zur Ausweiskontrolle angehalten werden; oder getarnte Heeresfahrzeuge, die Bauern auf dem Traktor verfolgen⁶.

Tatsächlich ist das Verhältnis der einheimischen Bevölkerung zu den Soldaten durchaus ambivalent. Während die einen zumeist ältere Menschen - sich durch das Militär beschützt fühlen und die Gelegenheit begrüßen, alte Kriegserinnerungen auffrischen zu können, wächst bei anderen zunehmend der Ärger über die täglichen Kontrollen und Anpöbeleien.

Ausländerfeindliches Bundesheer

"Eine Armee spiegle immer die Gesellschaft wider, der sie diene, es treten nur alle positiven und negativen Aspekte der Gesellschaft aufgrund der Besonderheiten des militärischen Dienstes schärfer akzentuiert hervor". Mit diesen Worten des russischen Revolutionärs Leo Totzki eröffnete Divisionär Dialer, Militärkommandant des Burgenlandes, seinen schriftlichen Beitrag zu den "Detailproblemen im Einsatz".

Die Gefährlichkeit eines Einsatzes des Bundesheres "im Inneren" zeigt nicht nur der Präzedenzfall Februar 1934, sondern auch die Tatsache, daß beim Militär Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus blühen. So sind in letzter Zeit die einschlägigen Aktivitäten der Zeitsoldaten Franz Winkler, Hans-Jörg Schimanek und Manfred A. und anderer Soldaten öffentlich bekannt geworden. Winkler hat als Bundesheerausbildner Jungmänner zu "Sieg-Heil"-Rufen animiert, die Bundesheerkarriere des "Wehrsportlers" Schimanek wurde von hochrangigen Offizieren gefördert, denen seine rechtsextreme Einstellung bekannt sein mußte. Manfred A. ist Herausgeber der Skinhead-Zeitung "Stahl-Front", in welcher u.a. der Genozid am jüdischen Volk geleugnet wird.

Was sie von AsylwerberInnenn halten, demonstrierten einige Unteroffiziere und Offiziere mit der Verteilung des auf der folgenden Seite dokumentierten "Antrags auf österreichisches Asyl" bei Übungen des Bundesheeres in Oberösterreich.

Der Erfolg des Grenzeinsatzes

Die Frage, wieviele Flüchtlinge ohne militärische Grenzabschottung nach Österreich kämen (also eine Quantifizierung der abschreckenden Wirkung) läßt sich wohl kaum seriös beantworten. Das Bundesheer selbst geht unter dem Blickwinkel seiner vermeintlichen Unentbehrlichkeit von einer "Präventivwirkung" von 85% aus. Die Hunderttausende, von denen der Innenminister gerne spricht, dürften ähnlich realistisch sein wie die Invasion der Heerscharen von BürgerInnen der ehemaligen UDSSR, auf die Österreich immer noch wartet.

Wenn Innenminister Löschnak zum Grenzeinsatz meint, "einerseits spreche sich das sofort in ganz Europa herum, anderseits schaffe es bei den Präsenzdienern ein gewisses Gefühl der Sinnhaftigkeit", hat er zwei wesentliche Funktionen des Assistenzeinsatzes angesprochen. Das gewisse Gefühl der Sinnhaftigkeit war bis dato der Rettungsanker für die Institution Bundesheer und herumgesprochen hat es sich zumin-

dest bis zu den mit Armeeabschaffungs-Volksabstimmungen leidgeprüften Schweizer Militärs, die - dem österreichischen Vorbild gleich - die Schweizer Grenzen gegen Flüchtlinge militärisch absichern wollen.

Die Grenze als rechtsfreier Raum

Das Abfangen der Flüchtlinge an der Grenze hat aber noch einen weiteren wesentlichen, zumeist kaum beachteten praktischen Effekt: Es wird ein de facto rechtsfreier Raum geschaffen. Das tatsächliche Vorgehen von Bundesheer und Grenzbehörden ist nämlich kaum dokumentiert und daher auch nicht kontrollierbar, was sich schon darin zeigt, daß Medien der Zugang zu den Grenzen verweigert wird und das Innenministerium Auskünfte über die Durchführung von Asylverfahren verweigert.

Wieviele der "illegal" Einreisenden einen Antrag auf Asyl stellen wollen ist ebenso unbekannt wie die Zahl derer, denen dies auch gestattet wird. Zahlen über AsylwerberInnen sind grundsätzlich schwer zu bekommen. Anhand bekannter Zahlen wie der AsylwerberInnen-Statistik lassen sich diese aber grob abschätzen. Als Beispiel sei hier lediglich der Rückgang der gestellten Asylanträge um mehr als die Hälfte in den

ersten beiden Monaten des Assistenzeinsatzes genannt. Bereits dies läßt darauf schließen, daß ein Großteil der vom Bundesheer aufgegriffenen und zurückgeschobenen Flüchtlinge um Asyl ansuchen wollen.

Generell führt eine solche Abschätzung zu dem Schluß, daß der überwiegende Teil der aufgegriffenen Flüchtlinge umgehend nach Ungarn zurückgeschoben wird. Es wird ihnen nicht ermöglicht, einen Asylantrag zu stellen. Mit anderen Worten: Das Bundesheer leistet tagtäglich Assistenz beim Bruch des österreichischen Asylgesetzes.

ANTRAG AUF OSTERREICHISCHES ASYL Wenn Du Polak: Du legen Foto bei, das hat Ähnlichkeit mit irgendwem. (Den altiten auf Behwarzmarkt). Wenn Du Rumanski: Ort und Zeit des illegalen Grenzübertrit-Name:..... Datum:...... Datum: Zuname Vorname Can Zoran. Buruwic oder anderes Adresse: Auto, Du (ZB Stubinety) Marke von Auto: Zastava() Polsi() Trabant() Wartburg() Dacia() Wolga() Lada() (Wmnn Marke unbekannt, bitte nur Parbe hinter Schmütz-Anzahl der Kinder: Nur für Beihilfe: (Groppehatzung ohne Kin-Davon legitim: (+alls welchs)...... Ehestand: verheirateto befreundeto gekaufto geerbto ge-Moslems bitte die ungefähre Anzahl der Frauen angeben:...... Polaken bitte Name von österreichisches Frauerain bereits Derzeitiges Einkommen: Schwarzmarkt:..... Arbeitslose:..... Einbruch:.... Schmuggel:.... Geburtsort: Kukuruzfeld() Knoblauchfeld() Erdüpfelfwld() Nonlebergwerk() Hanfpflenzung() Ort in Sibirien(nur bei Rumanen und Rumaen)..... Welche Sachen Du können betätigen: Brechwinen () Behlagring () Kaftmemaschine() Praservetiv() Cole-automat() Mosaur() Ei-Bevorzugte Speisen: Raviaro Caenaco Gantantono pantonero Wenn Du Türkischmann: Linwen () Hammwi () Hammwi (mit Linwen () Arbeitswunsch: zunälter () Demonstrant () Drugenfeindler () Ar-Maffical() Unterstützungsempfänger() all des(). Wenn Du Pollak: menmuggier () Benwarzhandier () Vergewaltiump O Exhibemento of niches O. Schreiben in 5 oder weniger Worten, was Du wollen in Österreichs: Für Rumanski: Du müssen nicht schreiben wenn Du nicht

schreiben kannst oder nicht wissen wieviel ist 5.

Lagar Nr. 1234 d. Amtadruckerei des Osterr. Audenmin.

Widerstand

Der Regierungsbeschluß zum Heeresgrenzeinsatz folgte unmittelbar auf die Werbekampagne "Es herrscht Krieg...". Und es herrschte Krieg, nicht nur an Österreichs Grenzen, sondern auch am Golf. Im Nachhinein läßt sich damit vielleicht der zögerliche und vergleichsweise schwache Widerstand erklären.

Trotzdem gab es Protest und Widerstand. So unternahm die "Aktion Grenzenlos" drei Fahrten ins Einsatzgebiet, um Vorort zu protestieren, ein Zeichen des Widerstands zu setzen und um die Soldaten zur Dienstverweigerung aufzurufen. Die vom damaligen Verteidigungsminister Lichal als Kommunisten bezeichneten AktivistInnen haben deswegen zum Teil bis heute mit gerichtlichen Verfahren zu kämpfen. Die staatliche Gewalt reagierte repressiv. Hubschrauber wurden eingesetzt und der Bezirkshauptmann erklärte den betroffenen Bezirk zum "Sperrgebiet".

Auch heeresintern regte sich Widerstand. Wegen schikanöser Behandlung durch seine Vorgesetzten desertierte der derzeit inhaftierte 19jährige Roland K. vom Einsatz an der burgenländischen Grenze.⁷

Um der Grenzbevölkerung die geforderte Sicherheit zu gewähren, ordnete das Militärkommando Burgenland die Uniformtragepflicht auch nach Dienstschluß an. Überdies wurde das Verlassen des Einsatzraumes untersagt. Für Burgenlands Militärkommandanten war es vollends unverständlich, "daß eine kleine Gruppe nicht bereit war, diese Maßnahmen im Interesse unserer Mitbürger in Kauf zu nehmen, sondern manche darin geradezu eine Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit sahen". Ganz so glücklich scheint auch die burgenländische Bevölkerung mit der Soldateska nicht zu sein, wurde doch unter anderem der Hubschrauber-Landeplatz mit "FUCK-LICHAL" markiert.

PERSPEKTIVEN DES WIDERSTANDS

"Denn das Problem liegt darin, daß im Militär eine Inhumanität angelegt ist, die eine entfremdete Politik des Staates auf ihren Begriff bringt." (Ekkehart Krippendorff in "verHEERend" - Braucht Österreich eine Armee.)

Ein Besuch der österreichisch-ungarischen Grenze lohnt. Unversehens wird aus einem Sonntagsspaziergang die Konfrontation mit der militärischen Realität eines "besetzten Landes". Da werden mehrmals Ausweise kontrolliert, konfisziert und Daten durchgegeben, Autos durchsucht, und wer glaubt die panonische Landschaft fotographisch festhalten zu können, der oder die hat mit Handschellen der Grenzsoldaten zu rechnen. Junge Burschen betreten Gaststätten mit Sturmgewehren und fordern die Gäste zur Ausweisleistung auf. Bauern werden während ihrer Feldarbeit vom Traktor geholt und Kinder - ob des martialischen Auftretens - in Angst und Schrecken versetzt.

An dieser Grenze wird zehntausendfach "Menschenrecht" mit Füssen getreten. Es wird unkontrolliert nationales und internationales Recht gebrochen, und es wird der Einsatz des Heeres im Inneren vorexerziert, geprobt und perfektioniert. All dies geschieht fernab der Öffentlichkeit.

Der zaghafte Protest läßt sich mit politischen Rahmenbedingungen erklären. Als die ersten Soldaten die burgenländischen Grenzbezirke besetzten, begann die Mobilisierung gegen den Golfkrieg. Auf dem Hintergrund einer relativ erfolgreichen "Österreich ohne Heer"-Kampagne wurde

der Assistenzeinsatz primär als Legitimationsaktion für das ramponierte Heeresimage kommendiert. Schwerer dürfte allerdings die Orientierung auf Politikfähigkeit wiegen. Mit Meinungsumfragen im Rükken, welche eine 40% ige Zustimmung zur Heeresabschaffung ausdrückten, wurde zur radikalen Entmilitarisierung geblasen. Trotz der eindeutigen Forderung nach ersatzloser Abschaffung des Heeres, blieb die Methodik und die Argumentation auf künf-Mehrheiten orientiert. Und dies traf sich beim gegenständlichen Einsatz mit ebenfalls über Umfragen transportierte überwältigende Mehrheiten für den gegen Flüchtlinge und Fremde gerichteten Ein-

Ohne einen grundsätzlichen Widerstand gegen den "Assistenzeinsatz", als Hauptzumindest Hauptlegitimationsaufgabe des Bundesheeres, ist dieses nicht einmal antastbar.

Es war vergleichsweise einfach, gegen ein Militär aufzutreten, welches sich gegen die "rote Gefahr aus dem Osten" richtete. Eine Gefahr, an die wir nie geglaubt haben und von der wir uns nicht bedroht fühlten. Die Friedensbewegung forderte Abrüstung und Entmilitarisierung, ohne die Prämisse einer militärischen Bedrohung von außen grundsätzlich in Frage zu stellen.

So billig wird der Widerstand gegen militärisch oder paramilitärisch geschützte Grenzen nicht zu haben sein. Sicher, wir können unser linkes Gewissen beruhigen, indem wir uns aus "Solidarität" für eine Verdoppelung der staatlicherseits festgelegten Quote an ZuwanderInnen stark machen. Gerade so viel, daß multikulturelle Strassenfeste schön bunt werden. Aber auch die Grenzen eines Kapitalismus mit ausländerInnenfreundlichem Antlitz sind militärisch befestigt. Die einzige Alternative heißt: offene Grenzen.

Der oben dokumentierte Widerstand zeigt, daß dies nicht verallgemeinerbar ist. Möglichkeiten dort fortzusetzen, um entschieden gegen AusländerInnenfeindlichkeit und dessen militärische Umsetzung Widerstand zu leisten gibt es. Die "Festung Europa" präsentiert ihre Zinnen nicht nur vor der afrikanischen Mittelmeerküste, sie zeigt sie auch im burgenländischen Deutsch-Jahrndorf.

Fußnoten:

¹"Wiener Zeitung"; 5.9.1990.

² "Kurier"; 13.11.1990

Den Begriff "asylpolizeilich" kennt unserem Wissen nach die österreichische Gesetzgebung nicht. Er spiegelt wohl eher die Geisteshaltung derjenigen Beamten wider, welche diesen Regierungsbeschluß formuliert haben.

⁴ nach Ansicht des Innenministers, aber im Gegensatz zur internationalen Rechtslehre.

"Kurier"; 6.9.1990.

6 "Kurier"; 16.11.1990.

7 "tatblatt" ●



Dr. Unter & Dr. Über

Dr. Unter: An Himmels Pforte steh ich nun und GEA in die Halle, wo ich den Betten, Stühlen, Schuh'n verzauberzaubt verfalle.

Dr. Über: Während wir darüber nachdenken, wie wir da wieder herauskommen, sollten wir darüber nachdenken, warum wir nicht hineinGEAngen sind!

Dr. Unter: Die Lange Gasse wird viel näher, teilst du sie nur durch zwei, und in der Mittemitt ist GEA, da schau ich mal vorbei.

Dr. Über: GEAtistisch gesehen denken wir viel zu viel, wir sollten einmal daran denken, nicht mehr soviel zu denken, worüber reden wir eigentlich, Dr. Unter?

GEA

GehenSitzenLiegen

1010 Wien, Himmelpfortgasse 26, Telefon 512 19 67 1080 Wien, Lange Gasse 24, Telefon 408 36 26

Steirische Ätherpirateska

(Akin)

45 Minuten war "Radio Zarg" diesmal in Graz auf 99.9 MHz zu hören. Solange bis in eine Diskussion über Freie Radios unter anderem mit dem Rektor der dortigen TU, Polizei und Post platzten. Dann brachen die Beamten die bislang längste Radioaktion in der steirischen Metropole ab, indem sie nicht nur die Senderanlagen, sondern auch das gesamte tontechnische Eqipment beschlagnahmten.

Der Rektor Hartmut Kahlert indes stand nicht an, mit seiner Unterschrift zu bestätigen, daß er Eigentümer der Geräte sei. Was einen eventuellen Strafbescheid gegen die "BetreiberInnen" der illegalen Sendeanlage zu einem besonders peinlichen Politikum machen würde, denn beim Rektor der TU ist ja wohl doch alles etwas anders....•

Angehörige Kinder malen für Politische Gefangene

(RAZZ)

Kinder aus der Gruppe der Angehörigen von politischen Gefangenen haben eine bunte Postkartenserie gemalt. Jedes einzelne Bild zeigt, daß die Kinder Erfahrungen damit haben, daß ein Mensch, den sie kennen und lieben, im Knast sitzt. Die meisten Kinder kennen die Knäste durch Besuche von innen.

Aus den Karten spricht der Zusammenhalt der Angehörigengruppe hier draußen und nach drinnen. Sie wurden aber auch produziert, um Geld für unsere Arbeit zu sammeln. Für zahlreiche Bestellungen wären wir deshalb dankbar.

Die Serie besteht aus 16 Karten und kostet DM 18,-- plus DM 2,-- für Versand. Ab 5 Serien ist der Versand für DM 4,-- zu haben. Bestelladresse:

Angehörige der politischen Gefangenen PLK 050205, D-6230 Frankfurt/Main●

JURIDIKUM

Zeitschrift im Rechtsstaat



Es kann einem nicht wurst sein,

was der Rechtsstaat vorhat. Wir liefern Informationen aus erster Hand, Analysen und Diskussionen.

Und außerdem

informieren wir über Studium und Beruf der Juristlnnen.

Net wundern, Probeheft bestellen...

...und zwar bei:

Context - Vertrieb Bergsteigg. 43/16 1170 Wien

Das **JURIDIKUM** ist auch in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

Salzburg:

Rupertusbuchhandel Wien:

- 1, Kolisch;
- 1, Winter;
- 1, Südwind;
- 1, Zentralbuchhandlung;
- 1, Trafik Hohenstaufengasse;
- 2, Rive Gauche;
- 9, Reisebuchladen;
- 15, Krammer

Graz:

Drahdiwaberl; ÖH-Service-Center

Zille 24

Vocals: Tanja Wehsely Gits: "Bronsky" Andreas Prochaska, "Gotfi" Christoph Pollak Bass: "Lippo" Phillipp Pochaska Drums: "Vroni" Veronika Lehrner

Im Frühjahr 1990 wurde "Zille 24" von Lippo, Gotfi, Tanja und unserem damaligen Schlagzeuger Michi Scholz gegründet. Im Herbst desselben Jahres stieß Bronsky zu uns. Ein Jahr später im Frühling 1991, spielten wir dann in dieser Formation, zwei Konzerte in der Arena und auf diversen Festen. Im Sommer 91 verließ uns unser erster Schlagzeuger Michi und im darauffolgenden Herbst fingen wir mit Vroni zu spielen an. Seit März 1992 spielten wir folgende Konzerte:

- # TU CLUB (Wiedereröffnung)
- # Szene Wien (als Special Guests)
- # bei einem Streikfest in der TU Wien
- # Beim 2. Wiener New Wave Heurigen im WUK

Wir verstehn uns als Polit-Rockband und als solche richten sich unsere Texte gegen Rassismus, Faschismus und Gewalt. Wir versuchen unsere Anliegen durch die Musik auszudrücken um so möglichst viele Menschen anzusprechen. Wir hoffen damit Leute aufzurütteln und zum Nachdenken zu bewegen. Wir spielen keine Covers und erarbeiten unsere Nummern gemeinsam.

Auch wenn das alles sehr ernst klingt haben wir große Freude an der Musik und spielen auch einige "Schmähnummern". Was die Einflüße betrifft gehen die Meinungen auseinander Von dunklem Psychedelic Sound bis Heavy Metal - alles schon dagewesen.

Bands die wir als Einflüße nennen sind unter anderem: Jingo de Lunch, The Cult, Metallica, DOORS, FAITH NO MORE, etc...

Kontaktadressen:

Tanja Wehsely Christoph Pollak 2, Hollandstr. 9/2/7 19, Frimmelg.35 Tel.: 214 37 37 Tel.: 37 59 69

FUCK THE POPE!! Eure Zille 24

NÄXTE ZILLE TERMINE:

- ⇒ 6. Juni, 16 h, Arena
- ⇒ 13. Juni, Antifafest ab 13 h im Esterhazy Park, 6. Hieb
- ⇒ 17. Juni, TU FEST, Rodaun
- ⇒ 19. Juni, TATBLATTFEST



Presseinformation der PLATTFORM zur FÖRDERUNG der MEDIENVIELFALT (PFM)

"Jedermann hat Anspruch auf freie Meinungsäusserung. Dieses Recht schliesst die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein." Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Trotz der Erkenntnis der Menschenrechtskommission, daß Genehmigungsverfahren, die nicht nach den Grundsätzen des Pluralismus, der Toleranz und der geistigen Offenheit gestaltet sind, dem Artikel 10 EMRK widersprechen, hält Österreich am Rundfunkmonopol fest. Aufgrund dieser Erkenntnis mußte in der Schweiz Radio LoRa, ein freies Radio, zugelassen werden. Auch im Fall Österreich wurde eine Beschwerde von mehreren Gruppen bezüglich der Auflösung des Rundfunkmonopols zugelassen (15.1 92, Strassburg) und den BeschwerdeführerInnen rechtgegeben.

Unter den jetzt gegebenen Strukturen ist kein Platz für ein Radio, das von den herrschenden Vorstellungen in politischer oder kultureller Hinsicht abweicht. Das Rundfunkgesetz sieht keinen Schutz für das Recht von Minderheiten auf freie Meinungsäusserung vor. Informationen werden durch den ORF wenn schon nicht zensiert, so doch gesiebt, was einer Zensur sehr nahe kommt. Ein deutliches Zeichen dafür ist das Unterschlagen von Informationen über Freie Radios (eine Dokumentation des X-large-Teams durfte nicht gesendet werden), das Verschweigen der PiratInnensender und Polizei gegen die PiratInnensender.

Die Plattform zur Förderung der Medienvielfalt sieht einen wichtigen Punkt ihrer Arbeit darin, mit Nachdruck auf diese Mißstände hinzuweisen und über Lösungsvorschläge der BetreiberInnen von PiratInnensendern bzw Leuten, die freie Radios ermöglichen wollen, zu informieren.

Die Situation in Österreich:

- # Die Post verweigert allen unabhängigen Radioinitiativen die Sendebewilligung. (während etwa das Bundesheer eine Zeit lang eine Kurzwellenfrequenz zugesprochen bekam!)
- # Im Entwurf des neuen Regionalradiogesetzes sind bisher nur ORF und kommerzielle Sender enthalten, nur gerüchteweise sollen in der Regierungsvorlage, die im Sommer ins Parlament kommen soll, nichtkommerzielle unabhängige Sender berücksichtigt werden
- # Inzwischen wurde die Gründung des Vereins "Verband freier Radios-Ö" von den Behörden untersagt.
- # PiratInnensender werden mit unglaublichem Einsatz von Post und Polizei verfolgt.
- # die Staatspolizei mit der Überwachung von Verdächtigen beauftragt und
- # PassantInnen verhaftet und angezeigt.
- Die Berichterstattung beschränkt sich nur noch auf reisserische Beiträge über die Verfolgung der SenderInnen bzw. über angebliche dunkle Kanäle und Verbindungen der Radios. Dabei bedienen sich Zeitungen illegaler Mittel, da sie annehmen können, daß von Seiten der BetreiberInnen der Radios keine Anzeige zu erwarten ist. (Kopien von beschlagnahmtem Beweismaterial wurde in einer Gratiszeitung veröffentlicht, die pressuregroup fälschlich kriminalisiert, Sendungsinhalte falsch zitiert...)

Die Diskussion über den Sinn und Zweck der PiratInnensender, wie auch der pressuregroup und den anderen Initiativen wurde vom ORF total negiert und von den Zeitungen großteils auf die Frage der Legalität beschränkt, statt sie im großem Rahmen bewußt und objektiv zu führen und zuzulassen.

Dieses Verhalten ist uns unverständlich, da das Anliegen der Freien Radios weltweit von anerkannten Organisationen und Persönlichkeiten mitgetragen wird. Auch in Österreich unterstützten zum Beispiel das Bundesministerium für Unterricht und Kunst, die Kulturabteilung der Stadt Wien, die ÖH in Wien, Salzburg und Klagenfurt, die Gewerkschaft der üs

ivatangestellten und die Grüne Bildungswerkstatt eine Veranstaltung der F.E.R.L., der Föderation europäischer Freier Radios, und Kurt Bergmann (ORF) und Vranitzky sehen in freien Radios einen durchaus sinnvollen Beitrag für die österreichische Medienszene. Die GAL bringt einen Initiativantrag ins Parlament und Dr. Jungk, Peter Kreisky und Lukas Resetarits sind unterstützende Mitglieder der F.E.R.L.

Um einen Vergleich zu veranstalten:

Das Senden mit einer von der Post nicht genehmigten Sendeanlage ist eine Verwaltungsübertretung, genauso wie das Falschparken. Das Vorgehen der Behörden gegenüber den PiratInnensendern entspricht also - im Maßstab 1:1 übertragen - folgendem Szenario: Jemand stellt sein Auto für 20 Minuten im Halteverbbot ab, behindert aber niemanden. Irgendeine Behörde. nehmen wir an das Magistrat, fordert Polizeiunterstützung an

und verhaftet eigenhändig alle Personen, die sich dem Auto nähern. Alle Schlüssel werden von den - dafür nicht befugten- Beamten beschlagnahmt, die Personalien aufgenommen und Personen . die sich diesem Vorgehen widersetzen, des Widerstands gegen die Staatsgewalt angezeigt. Der Personalaufwan dieser Aktion ist relativ groß: Mehrere Polizeiwägen. zwei Abschleppwägen, eine Hundestaffel und 15 bis 20 Beamte.

Doch eigentlich braucht es keine Vergleiche, es gibt inzwischen genügend praktische Beispiele.

So wird versucht, als PiratInnen Verdächtigte mit allen Mitteln zu kriminalisieren bzw. zu terrorisieren. Diese Einschüchterungsversuche beginnen bei Hausdurchsuchungen und enden noch lange nicht bei permanenter Überwachung. Ausweiskontrolle. Verhören...

Die Zusammenarbeit des Trios Post, Polizei und Stapo geht so weit -und weiter-, daß Kompetenzüberschreitungen gegenseitig gedeckt werden. Mit immensem Beamtenaufgebot werden ganze "Berge" (Hügel) umstellt, wahllos werden Menschen, die sich zufällig in der Umgebung aufhalten, überprüft, durchsucht, Gegenstände beschlagnahmt.

Um die Veröffentlichung unerwünschter Nachrichten weiterhin besser unterdrücken zu können, wurde ein Machtapparat in Gang gesetzt, durch den mit allen Mitteln versucht wird, unabhängige Radiosendungen zu verhindern.

Was ist FREIES RADIO?

- Ein Mit-mach-Medium durch unmittelbare, parteiliche (nicht parteipolitische) Berichterstattung von unten. durch Live-Sendungen und Offenes Mikrophon.
- Preies Radio ist Gesellschaftsfunk.
 Es unterliegt in seiner jeweiligen Region einer unmittelbaren Kontrolle durch die HörerInnen, Freies Radio ist ein Bestandteil direkter Demokratie.
- 3.) Freies Radio ist Lokalradio.

 Durch die lokale Begrenzung des Sendegebiets ist die Errichtung vieler unabhängiger Sender möglich. Freie Radios berichten über und von politischen, sozialen und kulturellen Ereignissen im überschaubaren und erfahrbaren lokalen Bereich.
- 4.) Freies Radio ist HörerInnenradio. Freies Radio ist Radio zum Selbermachen. Programmstruktur, Technik und Produktionsweise muß so flexibel sein, daß HörerInnen jederzeit per Telefon oder persönlich Einfluß auf die Sendungen nehmen können.
- 5.) Freies Radio hat ein offenes Programm. Das Programm muß zugunsten von aktuellen Beiträgen und Diskussionen unterbrochen werden können.
- 6.) Freies Radio ist kein Propagandaradio. Lebendiges Radio machen heißt auch, sich auf unterschiedliche Meinungen einzulassen und sie ohne Zensur zur Diskussion zu stellen.
- 7.) Freies Radio ist basisdemokratisch organisiert und arbeitet nicht gewinnorientiert.
- 8.) Freies Radio verzichtet auf Großtechnik. Jeder Kassettenrecorder ist ein potentielles Produktionsmittel.
- Freies Radio ist ein Medium der Gegenöffentlichkeit. Es orientiert sich an Interessen von unten, an der Verbreitung unterdrückter Nachrichten und an den alltäglichen Geschehnissen im lokalen Raum. ●

Da wir uns über diesen Text nicht ganz einig waren, etikettieren wir ihn hiemit als:

DISKUSSION - MEINUNG - ...

schreibt vielleicht an uns - wie wär's

Die Überbevölkerung in den "Entwicklungsländern" ist für die ganze Welt ein Problem, das es zu lösen gilt. Sagen die Machthabenden in den Industrieländern.

In Wahrheit handelt es sich jedoch um einen bewußt in die Welt gesetzten Mythos, um die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Problem, der Ausbeutung der Menschen des Trikonts zugunsten der Industrieländer, abzulenken.

Machtinstrument Bevölkerungspolitik Teil 1: Mythen zur Überbevölkerung

Im Folgenden Grundsätzliches dazu aus dem "Positionspapier zur Bevölkerungspolitik" der Frauengruppe Antigena aus Zürich. Der Teil 2, "Realpolitik mit Frauenkörpern", wird auf die konkreten Instrumente zur Bevölkerungskontrolle, deren Opfer die Frauen sind, eingehen und im nächsten TATblatt erscheinen.

(Antigena)

Bevölkerungspolitik zur Reduzierung der Geburtenrate braucht es wegen der "Überbevölkerung" bzw wegen des "zu hohen Bevölkerungswachstums" — so jedenfalls sehen es die Bevölkerungsstrategen.

stung sein. Auch dann wären die Industrieländer am massivsten überbevölkert: Ein Mensch in der "Ersten Welt" konsumiert durchschnittlich neun- bis zwölfmal mehr Ressourcen (Energie, Brennstoffe, Holz, Stahl), als ein Mensch in der "Dritten Welt". Malthus als die einzig wirksamen Mechanismen an, durch die eine Balance zwischen menschlichen Bedürfnissen und natürlicher Notwendigkeit hergestellt werden könne."³⁾

"Neomalthusianismus" heißt heute das Etikett für Theorien, die rigorose Maßnah-

Maßstäbe zur Messung von "Überbevölkerung"

Grundsätzlich impliziert der Begriff ein "Zuviel" an Menschen. Woran ließe sich ein allfälliges "Zuviel" messen?

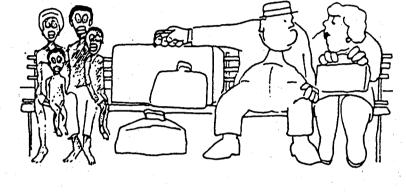
Der naheliegendste Maßstab ist derjenige der **Bevölkerungsdichte**: Ein Land wäre im internationalen Vergleich viel dichter besiedelt als der Durchschnitt, und der Platz würde nach allgemeinem Empfinden nicht mehr ausreichen.

Dieser Maßstab liegt aber der Bevölkerungspolitik nicht zugrunde, sonst müßten die rigorosen Programme zur Reduzierung der Geburtenrate zuerst in Holland oder der Schweiz eingesetzt werden. In der "Dritten Welt" gibt es nur wenige Länder, wie Indien oder Bangladesh, deren Bevölkerungsdichte gleich hoch oder höher ist, als in Europa. Botswana beispeilsweise hat bei gleicher Fläche fünfzig mal weniger Bewohnende wie Frankreich. Trotzdem muß das Land offenbar überbevölkert sein, hat doch die Weltbank 1989 einen Kredit davon abhängig gemacht, daß Botswana Maßnahmen zur Senkung der Geburtenrate ergreift.1)

Ein zweiter möglicher Maßstab wäre, die im Land produzierte Nahrungsmenge mit der Bevölkerungszahl zu vergleichen. Wenn es nicht für alle reicht, würden die einen ein Zuviel an Menschen, die anderen ein Zuwenig an Produktion, die Dritten ungerechte Verteilung diagnostizieren.

Aber auch nach diesem Maßstab wären es nicht die Länder des Trikonts, die ihre Bevölkerungszahl reduzieren müßten: Sie produzieren am meisten Nahrung, die dann allerdings zwecks Schuldendienst exportiert werden muß, sei es in Form von Nahrungsoder Futtermitteln. Die Schweiz beispielsweise hat einen Selbstversorgungsgrad von nur 60 Prozent. Ohne Nahrungsmittelimporte müßte sie die Bevölkerung reduzieren oder diese müßte sich weit weniger verschwenderisch verhalten.

Ein dritter Maßstab könnte der Ressourcenverbrauch oder die Umweltbela-



Mit anderen Worten: "Der Geburtenzuwachs von 1/2% pro Jahr in den entwickelten Ländern wiegt punkto Rohstoff- und Energieverbrauch immer noch zwei- bis dreimal schwerer als der Geburtenzuwachs von 2,1% in den unteren Bevölkerungsschichten der Entwicklungsländer". ²⁾

Fazit: "Überbevölkerung" ist kein wissenschaftlicher, rationaler oder gar objektiv-neutraler Begriff, sondern schlicht ein ideologischer.

Geschichte der "Überbevölkerung"

Bezeichnend ist den auch, in welchem Zusammenhang erstmals von Überbevölkerung gesprochen wurde: Im 16. Jahrhundert kam in England die Rede von "überzähligen" Mensch auf, als die adeligen Großgrundbesitzer Ackerland in Weideland umwandelten, da die Schafzucht einträglicher war. Tausende von PachtbäuerInnen wurden ihrer Lebensgrundlage beraubt und waren zur Migration in die Städte gezwungen.

Thomas Malthus lieferte 1798 das wissenschaftliche Werkzeug, um die These der "überzähligen" Menschen zu stützen: Sein Bevölkerungsgesetz besagt, "daß das Wachstum der Nahrungsmittelproduktion mit dem der Bevölkerung nicht Schritt halten könne. Daher müsse das Bevölkerungswachstum kontrolliert werden. Armut und im Extremfall Hungerkatastrophen sah

men zur Reduzierung der Bevölkerungszahl in der "Dritten Welt" verlangen.

Nach dem 2. Weltkrieg nahm die Ideologie der "Überbevölkerung" einen neuerlichen Aufschwung. Die USA versuchten damals, die Geburtenkontrolle im Trikont einzuführen. Bis in die 70er-Jahre wehrten sich die betroffenen Länder vehement gegen die Überbevölkerungsthese und kritisierten sie als ein Ablenkungsmanöver: Die Aufmerksamkeit solle von den wesentlichen Problemen, wie ungerechter Weltwirtschaft, medizinischer Unterversorgung und Analphabetismus weggelenkt werden.

Bis zum 2. Weltbevölkerungskongreß 1984 in Mexiko City war die Schuldenfalle zugeschnappt: Der Handel "Kredite gegen Geburtenkontrolle" hatte alle betroffenen Länder mehr oder weniger zum Nachgeben gezwungen.

Inzwischen sind die Begrifflichkeiten etwas verändert worden: "Überbevölkerung" ist ein sehr direkter und eindeutig personenbezogener Begriff, der sofort die Assoziation von überzähligen und überflüssigen Menschen auslöst. Im heutigen Technokratiezeitalter wird deshalb lieber mit unpersönlichen Begriffen, wie "Bevölkerungswachstum" oder "Senkung der Geburtenrate" gearbeitet. Damit wird die Tötung lebender Menschen verschoben ins Abstrakte, ins. Verhindern noch nicht Geborener, worunter scheinbar keineR zu leiden hat. Die Millionen von Frauen, die dadurch in die Programmen zur Bevölkerungskontrol-

le gezwungen werden, verschwinden aus dem Blickfeld.

Die vier Mythen

Obwohl die Behauptung, die "Dritte Welt" sei überbevölkert, erwiesenermaßen interessensgebunden und falsch ist, sind fast alle weißen Menschen davon überzeugt. Die PropagandistInnen der Bevölkerungskontrollprogramme operieren hauptsächlich mit vier Mythen:

"Hemmungsloses Sexualverhalten schafft Überbevölkerung"

Ganz sebstverständlich schreiben Weiße, und insbesondere weiße Männer, schwarzen Menschen sexuelle Triebhaftigkeit zu: Die schwarze Frau wird automatisch mit hoher Fruchtbarkeit in Verbindung gebracht, der schwarzen Mann mit hoher sexueller Potenz. Die eigene Verklemmtheit wird umgemünzt in eine pauschale Sexualisierung der anderen: Das sind einmal alle Frauen als Geschlecht und dazu noch alle schwarzen Menschen, deren Sexualverhalten schuld am Bevölkerungswachstum sein soll.

Was aber hat das Sexualverhalten mit dem Wachstum der Bevölkerung zu tun? 1910 gebar jede Schweizerin im Durchschnitt mehr als drei Kinder, 1980 waren es noch 1,5 pro Frau. KeineR würde ernstlich behaupten, die Ursache dafür liege in einem halbierten Sexualtrieb der Schweizer Bevölkerung.

"Überbevölkerung schafft Hunger"

2/3 der Menschheit hungert oder leidet an Mangelernährung. Weltweit werden genügend Nahrungsmittel produziert, um alle Menschen zu ernähren. Der Skandal liegt in der ungleichmäßigen Verteilung.

Die größten Hungersnöte sind neueren Datums und durch vom Westen forcierte landwirtschaftliche Methoden und Industrialisierung entstanden: Monokulturen, Technologisierung, Zerstörung der Selbstversorgung, Abholzung, Staudämme, Exportzwang. Selbst UNO-Studien stellen fest, daß in jenen Gebieten, in welchen die "Grüne Revolution" erfolgreich durchgeführt wurde, die Mangelernährung zugenommen hat. Sinkende Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe bei gleichzeitig steigenden Preisen für Saatgut und Zubehör tragen das ihre zur Hungerpolitik bei.

Legitimiert wird die Zerstörung der traditionellen Anbaumethoden mit den höheren Erträgen der industrialisierten Landwirtschaft. Eine Rechnung, die nicht stimmt: Während traditionelle BäuerInnen im Trikont mit dem körperlichen Einsatz von 1 Kilokalorie (kcal) 10 kcal Nahrungsmittel erwirtschaften, werden hier zwar mit dem gleichen Muskelaufwand 5.000 kcal aus dem Boden geholt, allerdings bei einem Gesamtinput von 50.000 kcal an Energie. 4)

"Überbevölkerung schafft Armut"

Kinderreichtum hat sehr wohl auch mit Armut zu tun. Je höher der Lebensstandard einer Gesellschaft ist, desto mehr nimmt die Kinderzahl ab. Umgekehrt verhält es sich, wenn die traditionellen Lebensstrukturen zerstört werden und die wirtschaftliche Unsicherheit zunimmt. Das war so im Europa der Industrialisierung und wiederholte sich in den kolonialisierten Ländern.

Heute wird den Ländern des Trikonts vorgerechnet, daß sie ihre Bevölkerung nicht ernähren und infrastrukturell versorgen könnten und daher die Geburtenrate drastisch senken müßten. Sonst würden sie immer arm bleiben. Diesem Konstrukt liegt die Ausblendung der Weltwirtschaftsordnung zugrunde: Wenn diese Länder als die Selbstbedienungsläden für die multinationalen Konzerne, die sie heute sind, reicher werden wollten, müßten sie sich bis auf die benötigten Arbeitskräfte entvölkern.

Als es in den heute hochindustrialisierten Ländern weder soziale Sicherheiten noch existenzsichernde Löhne gab und die Kindersterblichkeit sehr hoch war, hatten die Frauen hier sehr viele Kinder. Diese



waren Arbeitskräfte und Altersversicherung, wie sie es im Trikont heute meist sind. Je schlechter die ökonomischen Verhältnisse, desto mehr Kinder braucht eine Familie zum Überleben.

Die Kinderzahl hängt ebenfalls mit der Stellung der Frau innerhalb einer Gesellschaft zusammen. Ihre Unabhängigkeit bestimmt das Maß an Kontrolle über die eigenen Gebärfähigkeit.

"Überbevölkerung in der 'Dritten Welt' schafft Umweltzerstörung"

Bereits bei der Weltbevölkerungskonferenz 1984 wird als ein Grund zur Notwendigkeit von Bevölkerungskontrolle in der "Dritten Welt" die Belastung der Umwelt angegeben. Die Verantwortung für die verheerenden Folgen des von den Industrienationen durchgesetzten Wirtschaftsmodells soll internationalisiert werden. So konstatierte der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA: "Ganz gleich ob Inustrieländer oder Entwicklungsländer, je mehr Menschen, desto mehr Verschmutzung. 15) Zu einem ganz anderen Ergebnis kommt die westafrikanische Umweltorganisation ENDA: "Die Gebiete mit der größten Umweltzerstörung sind keineswegs identisch mit denen, wo das stärkste Bevölkerungswachstum zu verzeichnen ist. "6)

Diese Verknüpfung macht zudem politische Konstellationen möglich, die bis vor kurzem noch undenkbar waren: immer mehr Ökogruppen schreiben die Bekämpfung des Bevölkerungswachstums auf ihre Fahnen.

'Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung' wird auch am UN-Kongreß über "Umwelt und Entwicklung" im Juni 92 in Rio de Janeiro eines der zentralen Themen sein.

Auf globaler Ebene sind das Ozonloch, der Treibhauseffekt und die Verschmutzung der Gewässer und Zerstörung der Böden die größten Umweltbedrohungen. Diese Probleme werden vor allem von den westlichen Industrieländern verursacht. Nach wie vor sind sie es, die mit rund 10 % Anteil an der Weltbevölkerung fast 70 % der Ressourcen verbrauchen.

Bezüglich Emissionen stehen die Industrieländer an der Spitze: Der Pro-Kopf-Anteil an zB CO₂ beträgt 14 t/Jahr, im Trikont ganze 0,7 t. EinE Durchschnittseuro-

päerIn verbraucht, auf Heizöl umgerechnet, täglich 15 l Energie. Im extremen Gegensatz dazu verbraucht eine achtköpfige indische Landfamilie täglich höchstens 0,8 l. 150 Tage lebt eine indische Bäuerin mit der Energie, die ein Mensch hier tagtäglich verbraucht.

Wird die Energie definitiv zu knapp, müßten im ländlichen Indien täglich 150 Geburten verhindert werden, um den Verbrauch eines Menschen hier wettzumachen. ⁴⁾ Aus eben diesem Grund werden die Frauen des Trikonts bereits heute zur Teilnahmen an Programmen zur Bevölkerungs-

kontrolle gezwungen.

Die aggressive Propagierung dieser Mythen dient der Legitimation einer Politik, deren Ziel nicht die Abschaffung der Armut ist, sondern das Abschaffen der Armen.

Legitimiert wird eine Bevölkerungspolitik, die seit jeher Bestandteil imperialistischer Ausbeutungspolitik war. Bevölkerungspolitik dient ganz direkt der Interessenssicherung der industrialisierten Welt am freien Zugriff auf Güter und Ressourcen, sowie der Aufrechterhaltung der bestehenden politischen Ordnung. Ungeborene könne weder in ihrem eigenen Land soziale Unruhen auslösen, noch durch Migration die industrialisierten Länder "überschwemmen".

Fortsetzung im nächsten TATblatt

Fußnoten:

- 1) World Bank 1989
- 2) Neue Züricher Zeitung, 7/8.9.91, Thomas Kesselring, "Die demographische Herausforderung"
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.9.91, Achim Brosch, "Kleine Schritte im Weltmaßstab" 4) GEO Nr. 1, 17.12.90, Rainer Klingholz, "Der maßlose Alltag"
- 5) Pharma-Brief Nr. 8/91
- 6) siehe Anmerkung 5. BUKO-Info/ENDA: Environnement et Developement du Tierre Monde, Senegal

Das TATblatt braucht Geld für Bezahlung von einem verlorenen Prozeß, weiters zur Aufrechterhatung der 2-wöchentlichen Zeitungsproduktion, Bezahlung von offenen Rechnungen etc... deshalb

1964 - Solifest

Freitag, 19. Juni 92, ab 19^h



es spielen auf:

* Nar Malik
(Wien)

* Zille 24
(Wien)

* Lion Horse Posse

(Polit-Hip Hop vom feinsten aus Milano, Italien)

anschließend Disco

Chance auf neue Zukunft für guatemaltekische Flüchtlinge

DIE VORGESCHICHTE:

Anfang der 80erjahre zieht ein (nicht zuletzt von den USA hochgerüsteter) Militärapparat erst unter der Führung des Diktators General Lucas, anschließend (nach dem nächsten Putsch) unter General Rios Montt in einen Vernichtungsfeldzug gegen die guatemaltekischen Volksorganisationen ("organisaciones populares"), also gegen die Gewerkschaften, christlichen Basisgemeinden und LandarbeiterInnenvereinigungen. Opfer des Ausrottungskrieges: Fast ausschließlich IndianerInnen - die Bevölkerungsmehrheit des Landes.

Fazit von vier Jahren Völkermord an der wehrlosen indianischen Zivilbevölkerung: 100.000 Tote, 440 Dörfer völlig ausgelöscht, eine Million Menschen innerhalb und eine halbe Million außerhalb des Landes auf der Flucht, eine Bilanz, die überhaupt erst vor dem Hintergrund dessen, daß Guatemala von Größe und Bevölkerungsanzahl in etwa mit Österreich vergleichbar ist, ihre ganze Grauenhaftigkeit enthüllt.

Mit dem nackten Leben gerade noch davongekommen ist die halbe Million Menschen, die nun in Flüchtlingslagern entlang der Grenze im Nachbarstaat Mexiko leben - seit nunmehr über 10 Jahren. (Darüber hat's vor etwa einem Jahr einen Artikel plus Spendenaufruf im TatBlatt gegeben.)

UND NUN?

Die Menschen leben seit über 10 Jahren in diesen Lagern, ohne bis dato über eigenes Land zum Bebauen zu verfügen (mit wenigen Ausnahmen). Es handelt sich dabei ausschließlich um indianische LandarbeiterInnen mit höchst bescheidener Schulbildung (- wo wär denn Geld in Guatemala für Schulen da, wo die neuen Waffen fürs Militär so viel kosten!?), die oft genug nicht spanisch sprechen, sondern ausschließlich ihre eigenen Sprachen (Kekchi, Mam, Kakchiquel, Tzutuhil etc.). Die Wissensvermittlung in diesen Kulturen läuft ausschließlich über die Tradierung der landwirtschaftlichen Kenntnisse und Praktiken vom Vater auf den Sohn. Nun ist in diesen Flüchtlingslagern eine ganze Generation von jungen Leuten, die als kleine Kinder fliehen mußten, herangewachsen, und kommt jetzt ins heiratsfähige (und -willige) Alter, hat aber mangels eigenen Grund und Bodens nie gelernt, ein Feld zu bestellen, d. h. sie sind also nicht in der Lage, eine Familie zu ernähren. Und die älteren Leute sagen: "Wenn wir nicht sehr bald zurückgehen, wird unsere Kultur erloschen sein, werden wir als eigenen Völker untergehen, weil alle Traditionen abreißen." Und das angesichts dessen, daß sich die Repression in Guatemala prinzipiell nicht geändert hat (- graduell doch etwas: "nur" mehr als 6000 Opfer politisch motivierter Gewalt in Guatemala von 1986 bis 1990...)

Um nun dieses Ethnozid (Auslöschung der Eigenart als eigenes Volk) zu verhindern, planen die Flüchtlinge massenhaftes und organisiertes Zurückkehren nach Guatemala in diesem und dem kommenden Jahr. Um jedoch auf die Zustände im Lande nach 10-jähriger Abwesenheit vorbereitet zu sein. haben die Lagerdelegierten von insgesamt 23 Flüchtlinngslagern (also die gewählten Vertreter von knapp 50.000 Menschen) die mir inzwischen gut bekannte Carmen Castro (Fußnote 1: Name von der Redaktion geändert, um der Frau mögliche Repressalien seitens der Behörden zu ersparen. Fußnote 2: Der geschätzten LeserInnenschaft schon bekannt vom Artikel aus Tb Nr. von vor etwa einem

Jahr), die Sozialarbeiterin ihres Vertrauens, gebeten, einen Kurs für die Lagerdelegierten abzuhalten, die ihrerseits innerhalb der jeweiligen Lager ihre neuerworbenen Kentnnisse in der jeweiligen Sprache weitergeben sollen.

AUSBILDUNG

Dieser Kurs soll unter anderem umfassen:

- * Grundzüge der Geographie von Guatemala
- * Lektüre der guatemaltekischen Verfassung oder: welche Rechte haben die Menschen rein theoretisch?
- * Wohin kann man sich wenden, wenn jemandes grundlegende Menschenrechte verletzt werden?
- * Umgang mit Behörden
- * Welche politischen Parteien gibt's momentan im Land, und welche Programme vertreten sie?
- Aber auch rein praktische Fragen wie etwa: Wie bekomme ich mein Stück Land wieder, das der lokale Militär-

machthaber bei meiner Flucht vor zehn Jahren einkassiert hat? Und ähnliches.

Diese Kurse sollen in zweiwöchigen Abständen jeweils ein Wochenende lang über mehrere Monate geführtwerden, je nach Notwendigkeit.

Da ich gerade studienreisehalber dort war, als der Appell der LagervertreterInnen an Carmen ergangen ist, und da Carmens Projektkasse leer war (- nötig: Abdeckung der Kosten für die An-. und Abreise der KursteilnhmerInnnen, da die Lager über einen grenznahen Streifen von 300 km verteilt sind, sowie für Verpflegung - Bohnen und Tortillas - und Unterrichtsmaterialien: Hefte, Stifte und sonstige Kleinigkeiten), habe ich mich angeboten, die voraussichtlichen Kosten des Kurses, der mir eminent wichtig für die Zukunft von derartig vielen Menschen erscheint. abzudecken: die dafür erforderlichen 2000 Dollar (mindestens!) sollen hereinkommen durch:

SPENDEN

- * P.S.K. 8.281.113, lautend auf Andreas, Vermerk "Hilfe für GuatemaltekInnen"
- und durch die Abgabe einiger Hängematten aus Mexiko (riesengroß, bunt, sehr toll, kurz: genau das, was einem/r diesen Sommer noch gefehlt hat!). Diese Hängematten, die, wie ich höre, eineR

- vom TATblattkollektiv nur sehr warm weiterempfehlen kann, gibt's (gegen möglichst hohe Spende) entweder zu bestellen
- telefonisch bei Andreas, 83 87 535 (mittags oder spätabends)
- * oder schriftlich bei Andreas c/o TatBlattbüro, Gumpendorderstraße 157/11, 1060 Wien.

Jeder Schilling und jeder Groschen, die entweder als "reine" Spende oder für die Hängematten hereinkommen, gehen an das Kursprojekt weiter! (Verwendungsbelege bei mir jederzeit einsehbar.)

Bei mir gibt 's auch weiter Informationen über die Rückkehr der Flüchtlinge in ihr Heimatland, sowie über das Schicksal der vielen Menschen, die (noch) nicht aus den Lagern zurückkehren wollen, bevor Guatemala nicht demokratisiert ist und weiterhin von einigen multinationalen Konzernen (z.B. United Fruit) und völkermordenden Militärs als ihren Bütteln regiert wird, was ja, so wie's tristerweise aussieht, noch eine Zeitlang so bleiben dürfte... •

TATblatt-

Videoabend

Film: "Wahrheit macht frei"

Inhalt:

Der Journalist Michael Schmidt wurde vom verstorbenen FAP-Führer Michael Kühnen dazu eingeladen einen Dokumentarfilm über ihn und seine Organisation zu drehen. Was Kühnen nicht wußte: Michael Schmidt ist ein Antifaschist und erstellte den Film in Zusammenarbeit mit der englischsprachigen antifaschistischen Zeitung "Searchlight". Der aus eineinhalb Jahren Rechere in Begleitung Kühnens entstandene Film "Wahrheit macht frei" ist nach dem Motto der Veranstaltung der Geschichtsrevisionisten des "Deutschen Jugend Bildungswerkes" am 21.4.1990 in München benannt und zeigt Wehrsportübungen, offenen Antisemitismus, Aufmärsche, eine SA-Vereidigung und die internationalen Verbindungen faschistischer Gruppierungen.

Mi. 10. Juni '92, 19h im TATblatt-Büro

(1060 Wien, Gumpendorferstr. 157/11)

NACH DER ERSTEN RUNDE DER NS-WIEDERBETÄTIGUNGSPROZESSE IN ÖSTERREICH: NATIONALSOZIALISMUS ALS KAVALIERSDELIKT

(eine Antifaschistische Gruppe)

Mit beträchtlichem Propagandaaufwand startete das Innenministerium Anfang des Jahres den großen Rundumschlag gegen die heimische Neonaziszene. Bis zu 11 Faschos saßen gleichzeitig in U-Haft. Auslöser waren 2 Interviews, die Gottfried Küssel, 33, in seiner Eigenschaft als VAPO "Führer" und selbsternannter Nachfolger des im April 91 verstorbenen Deutschen-Nazi-Führers Michael Kühnen dem US Sender ABC und dem deutschen privat Sender TELE 5 gewährt hatte. Erst nach Interventionen des US-Außenministeriums wurde das "Fascho-Großmaul" Küssel am 7. Jänner verhaftet. Anklage: Verbrechen gegen §3a NS-Verbotsgesetz (Wiedererrichtung der NSDAP). Strafrahmen: lebenslang.

Vor lauter antifaschistischer Medieneuphorie geriet in Vergessenheit, daß Küssel seinen Wahnwitz bereits seit Jahren unbehelligt und in aller Öffentlichkeit vertrat, so in einem TELE 5 Interview im Dezember (?) 1990 ("Hitler war nach Bismarck der größte deutsche Staatsmann") und im einen Interview mit der Ö3-Jugendsendung "Zick Zack" zwei Monate zuvor ("KZs waren kein Sanatorium, sondern ein normales Umerziehungslager, wie es sie überall gegeben hat"). Untergegangen ist auch, daß von 676 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz zwischen 1981 und 1990 überhaupt nur 6 (in Worten: sechs!) zu gerichtlichen Erhebungen führten. Und daß bis auf Gottfried Küssel alle im Jänner verhafteten Asylant Innenheimanzünder, NSDAP-Wiederaufbauer und Wehrsportler schon längst wieder auf freien Fuß sind, hat sich nicht einmal bis zum "geschätzten" Innenminister Löschnak herumgesprochen. Dieser rühmte sich. unbedarft wie immer, erst jüngst und ausgerechnet bei einer KZ-Gedenkfeier: "Sieben Neonazis sind nach wie vor hinter Schloß und Riegel."

Interessant erscheint uns auch, wie Küssel seine Verhaftung in einem Brief an Gesinnungsgenossen erklärt: Nämlich mit dem Bemühen, "in Deutschland und der Ostmark ein 500 Mann starkes, bewaffnetes Technisches Sanitäts-Hilfskorps für Kroatien zu rekrutieren". Der Österreichischen Regierung sei es halt "peinlich" gewesen, daß die "als Neonazis verfemten als einzige den bedrängten Kroaten tätige Waffenhilfe leisten".

Daß Küssel-"Mitkämpfer" von heimischen JournalistInnen bereits im Spätsommer 91 als Söldner für die faschistischen Paraga-Milizen beim Marodieren (???)quer durch Slawonien beobachtet worden waren, erwähnt der "nationale Mär-

tyrer" nicht.

Was der Nazi-Demagoge Küssel von der österreichischen Justiz zu erwarten hat, geht aus der - mit dem Prozeß gegen HALT-Herausgeber und Hitler-Freisprecher GERD HONSIK abgeschlossenen ersten Runde von NS-Wiederbetätigungs Prozessen hervor:

DIE ANGEKLAGTEN:

- * WALTER OCHENSBERGER, 51, in Vorarlberg ansäßig, Schriftleiter der Nazi-Zeitung SIEG, der mit Schlagzeilen a la "Rassismus ist Vaterlandsliebe" seit exakt 2 Jahrzehnten (!!) für Außehen sorgt. SIEG Auflage: 20.000 Stück, große Verbreitung in der ex DDR.
- * der Wiener Jusstudent FRANZ RADL: aus dem steirischen Fürstenfeld, 25, schlagender Burschenschaftler, Herausgeber der rassistischen NazischülerInnenzeitung GÄCK, Führer einer "Volkstreuen Jugend Offensive" mit Sitz in Fürstenfeld und Linz, in Neonazikreisen angeblich für "Feindaufklärung und Maßnahmen" gegen Linke und Antifas zuständig, dabei mit mehr Eifer als Geschick geschlagen.
- * FRITZ REBHANDL, 71, EX-Frei-williger der Waffen-SS-Division "Das Reich", verantwortlich für unzählige Massaker hinter unzähligen Fronten, unter anderem das Massenschlächten von Oradour/Frankreich, das anläßlich der "Diskussionen" um das Treffen der Kameradschaft IV in Graz öfters erwähnt wurde, pleite gegangener Textilhändler, Ex-Landessprecher der Salzburger NDP, Herausgeber der Nazi-Zeitung der VOLKSTREUE. Auflage: je nach Anlaß, zwischen 7000 und 75000 Stück.
- *GERD HONSIK, 51, HALT-Herausgeber, früher Süttirol-Aktivist, NDPler, Ex-Hotelportier im Hotel Schönbrunn des Burger-Freundes und Kursalon Besitzer Johannes Hübner, wo auch der englische Geschichtsfälscher David Irving 1989 hätte reden sollen, Balladendichter (laut Presse mit klingenden Namen wie: "Abschied von Deutschlands Pferden"), Gründer der "Ausländer Halt Bewegung" und der "Volksbwegung", über 20 Vorstrafen.

Vor Gericht gab sich Ochensberger heldenmütig, Radl keck (mit Honik Buch in der Hand), Rebhandl unbelehrbar, Honsik unterwürfig. Trotzdem gab es bei allen Prozessen Gemeinsamkeiten.

GEMEINSAMKEITEN

- (1) die Person des Anwalts. HERBERT SCHALLER, 70, aus Traiskirchen, in iungen Jahren Generalstabsleutnant beim Stalingrad-Durchhalte-Feldmarschall Paulus, mit dem berüchtigen "letzten Jumbo" ausgeflogen, 1945 KPÖ Mitglied, seit Anfang der 50er Jahre Parteianwalt, mit der Verteitigung von kämpferischen ArbeiterInnen der 50er Streiks ebenso betraut wie mit der Überführung von USIA-Betrieben. Mitte der 60er Jahre Verteitiger des Südtirol-Terroristen und Killers Peter KIENES-BERGER (dieser hatte 4 italienische Wehrpflichtige mittels ferngezündete Mine in die Luft gesprengt), Ende der 60er aus der KP ausgetreten, seither in Östereich und Deutschland für die Verteitigung von Neonazis zuständig, u.a. Verteidiger des Mannes, der die "Attentäter" vom 20. juli 1944 (Staufenberg und Co.) ans Messer lieferte: des Hitler Leibwächters Otto Ernst Remer. Schaller soll es lieben, Nazi Prozeße in linker Manier zu Tribunalen gegen die Politiustiz umzufunktionieren. Bei einer satten Anzahl österreichischer und deutscher Nazi-Veranstaltungen trat der RECHTSanwalt als Referent auf. Seine besondere Vorliebe gilt der Nationalistischen Front (NF), der bestorganisierten und kospirativsten BRD-Nazi-Partei, deren Kontaktadresse auch für FRANZ RADLS GÄCK herhalten mußte.
- (2) Die erstaunliche Milde der Justiz. Stets entschieden die Geschworenen "härter" als vom Staatsanwalt beantragt. 3 Jahre unbedingt für Ochensberger, 15 Monate (5 unbedingt) für Radl, ein Jahr bedingt für Rebhandl, eineinhalb Jahre unbedingt für Honsik. Selbst das milde Rebhandl-Urteil ging über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus, und die Bedingtheit der Strafe erklärt sich laut Presse aus dem Umstand, daß der Beisitzende der ex FPÖ-Landtagsabgeordnete Hellfried Schuller war, der so wie einige "Rebhandlfans" Mitglied der schlagenden Burschschaft "Gothia Salzburg" ist.

Auch sonst übten sich die Berufsrichter in (von linken Prozessen her ungewohnter) Geduld, ließen dem "wortgewaltigen" Dr. Schaller genügend Raum für seine Propagandatiraden. Die Presse nannte ihm auch den "Volkstreuen Petrocelli". Der Zweck wurde erfüllt: Noch vor einem halben Jahr waren die AuschwitzlügnerInnen eine (weitgehend unbekannte) Minderheit. Mittlerweile hat sich die Öffentlichkeit an sie gewöhnt. Der Holocaust wird wieder "hoffähig". "Staberl" (von Schaller stets

lauthals bei Prozessen gelobt und in Faksimile als Beweisantrag eingebracht) plappert den Auschwitzlügnern nach dem Mund. Die KRONEN ZEITUNG kündigt fröhlich an, vor Gericht den "wissenschaftlichen Beweis" dafür anzutreten zu wollen, daß Vergasungen von Juden und Minderheiten Ausnahme, nicht Regel gewesen seien.

"Rassismus, Antisemitismus, Ausschwitzlüge feiern fröhliche Urständ", werden salonfähig.

Im STANDARD schreibt ein "Kommentator" unwidersprochen, bei den "Gesinnungsdelikten der Neonazis" handle es sich um ein "Verbrechen ohne Opfer".

Außer beim Ochensberger-Prozeß war die antifaschistische Öffentlichkeit nicht anwesend. Alte und junge Nazis blieben unter sich. Mensch ist AntifaschistIn, aber nur daheim, oder am Biertisch. Zu befürchten haben die Anbeter der Mörder von gestern und des Maseenmordes von morgen nichts.

Holocaust, ein Kavaliersdelikt. In diesem Klima darf sich Küssel auf seine Propagandashow freuen. Er wird "die Sache des Revisionismus voranbringen", dafür derden Faschos, Justiz und abwesende Antifas in schöner Einhelligkeit sorgen.

KÜHNENS URNE **UMGETOPFT**

(interim)

Ein A U K (Autonomes Umtopfungskommando) hat die Urne des 1991 verstorbenen deutschen Naziführers Michael Kühnen aus dem Grab in Kassel abgeholt und umgetopft. In der Erklärung zu dieser Aktion heißt es: "Wir haben die Asche des Selbsternannten Führers in einem Namenlosen Wald und Wiesengrab beigesetzt und wollten damit verhindern, daß seine Begräbnisstätte zu einem Faschistischen Wallfahrtsort á la Wunsiedel mißbraucht wird.

Wir sehen dies nicht als Grabschändung an, haben auch keinerlei Beschädigungen oder Schmierereien am ehemaligen Grab hinterlassen. Lediglich eine um die Urne gewickelte Reichskriegsflagge wurde von uns verbrannt und seiner Asche beigelegt".

Folgende Erklärung fanden wir in unserem Briefkasten:

In der Nacht vom 11. auf den 12 Mai. wurde im Türkenschanzpark das ÖTB-Denkmal mit der Aufschrift:

"Der Österreichische Turnerbund 'Wiener Turngau' seinen in beiden Weltkriegen Gefallenen 1914-1918, 1939-1945. Gebt eueren Toten Heimrecht, ihr Lebendigen!"

beschädigt und mit folgenden Worten besprüht:

"Zerstört faschistische Denkmäler - Antifa!"

Solche Denkmäler stellen einen Teil der faschistischen Propaganda dar und müssen daher zerstört werden. genauso wie rechte Versammlungen verhindert und Infrastrukturen der Nazis ruiniert werden müssen. Darüber hinaus ist es wichtig, zu agitieren und das radikal-linke Lager zu erweitern.

ANTIFASCHISMUS IMMER UND ÜBERALL !!



<u>Chlorfrei</u> Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt. papierTIGER'

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122

WWG — NEEE!!!

Vom 5. bis 7. Juli findet in der HiTech Metropole (BRD/München) ein Weltwirtschaftsgipfel (WWG) statt. Die sieben reichsten und mächtigsten Nationen (die G-7 oder Group Of Seven: USA, GB, I, CAN, F, BRD, J) halten ein Treffen ab, um über die politische und ökonomische Aufteilung unserer Welt zu beraten. Dieses Treffen steht im Kontext zr ökonomischen Niederlage der sogenannten sozialistischen Staaten. Es geht nun um die Aufteilung der Beute. Sämtliche post"sozialistischen" Staaten werden in Kürze dem IWF (Internationaler Währungsfond) und der Weltbank einverleibt werden, um so die optimale Verwertung von Menschen und Rohstoffen zu gewährleisten. Unter dem Vorwand, diesen Staaten denselben Wohlstand zu bringen, den "wir" ja schon haben,versuchen sie mit allen Mitteln ihre politische und ökonomische Vormachtstellung zu sichern und auszubauen. Dies geht einher mit der Einbindung der ehemaligen Ostblockstaaten in ein globales "Sicherheitssystem" — NATO.

(Durruti)

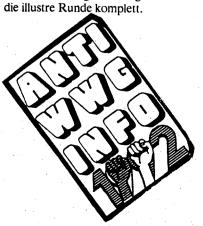
- Der zweite Aspekt, unter dem dieses Treffen steht, ist die Stabilisierung der Ausbeutung der Peripherieländer. Nach der Unterwerfung der ehemals "realsozialistischen" Länder können die G-7 Staaten nun ihre gesamte Aufmerksamkeit der Wahrung und Sicherung ihrer Interessen in den Ländern des Trikonts (Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika) widmen. Sie besitzen den Zynismus, 500 Jahre Eroberung, Völkermord, Ausbeutung und Unterdrückung der indigenen Bevölkerung auch noch zu feiern

DIE GRÜNDUNG

Seit 1975 finden diese Treffen jährlich statt. Sie sind "bescheidene Elemente einer globalen Steuerung", ein neues "westliches Konsultationssystem, das die abnehmende Bedeutung der USA in der westlichen Wirtschaft und den Aufstieg Europas und Japans wie auch der EG als Gruppierung angemessen verarbeiten konnte". (Zitat einer Studie des Royal Institute of International Affairs, London und des Center for International Affairs, Harvard).

Angeregt hatte diese Treffen der damalige französische Präsiden Giscard d'Estaing, unterstützt von SPD-Kanzler Schmidt, um wirtschaftliche, insbesondere währungspolitische, Fragen in direktem Kontakt der Staats- und Regierungschefs zu diskutieren.

Nach anfänglichen Bestrebungen der Initiatoren der WWGs, den Teilnehmerkreis auf die fünf ständigen Mitglieder im IWF-Exekutivdirektorium zu beschränken, gelangte auch Italien mit dem Verweis auf den damaligen Vorsitz im EG-Ministerrat in den Teilnehmerkreis des ersten WWG. Zum zweiten WWG in Puerto Rico lud US-Präsident Ford den kanadischen Premier Trudeau eigenmächtig ein. Damit war die illustre Runde komplett



DIE STRATEGIEN

Gegenüber der OPEC agierten die sieben gemeinsam: Verringerung der Ölimporte und weiterer Ausbau der Atomenergie mit dem strategischen Ziel, die Macht der OPEC zu brechen. Die Haltung diente zugleich als Exempel gegen alle Forderungen nach stabilen Rohstoffpreisen, besonders auch gegen die damals von Algerien verlangte "Neue Weltwirtschaftsordnung": feste Preise für Waren und Rohstoffe, Ressourcentransfer von den reichen in die armen Länder, Recht zur Enteignung ausländischer Investoren ohne Entschädigung, mehr Mitsprache bei IWF und Weltbank. Auch bei den folgenden Gipfeln standen wirtschaftliche Fragen obenan: Handelsfreiheit versus Beschränkungen, Inflation. Wechselkurse, Ölpreise, Klagen über japa-



nische Exportoffensiven, die Verschuldung der Trikontstaaten in den 80er Jahren, wobei die WWG jeweils die IWF-Politik bekräftigten.

Politische Themen im engeren Sinn gewannen mit der Zeit an Gewicht: Forderungen nach Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan (Venedig 1980), Unterstützung des NATO-Raketenbeschlusses (Ottawa 1981).

Wegen des befürchteten wachsenden Einflusses der EurokommunistInnen vereinbarten die Regierungschefs von F, GB, der BRD und USA während des WWG 1976 auf einem kleinen Separattreffen, Italien im Falle einer Regierungsbeteligung der PCI keinen Währungsbeistand zu leisten.

4.7.92 DEMONSTRATION

3.-5.7.92 GEGENKONGRESS

> 6.-8.7.92 AKTIONSTAGE

(siehe letzte Umschlagseite)

DIE MITTEL ZUR MACHT

Die beiden wichtigsten Instrumente der G 7 zur Ausübung der politischen und ökonomischen Macht, sind IWF (Internationaler Währungsfond) und Weltbank. Diese beiden Institutionen dienen zur Kontrolle der Weltwirtschaft — Weltwirtschaft, dieser Begriff suggeriert einen freien Warenfluß zwischen allen Staaten dieser Erde, daß alle Waren dorthin gelangen wo sie benötigt werden. Tatsache ist jedoch, daß es in der alleinigen Macht der G7 liegt welche Waren wann, wohin, wieviel und warum gelangen.

Der Zusammenhang zwischen IWF und Weltbank ist insofern gegeben, als ein Land nur Mitglied der Weltbank sein kann wenn es auch Mitglied im IWF ist (Verteilung der Stimmrechte im IWF: USA + GB + D + F + J =42%, — 122 periphere Länder insgesamt 31,3%). Der IWF hat dabei die Aufgabe die "Kreditwürdigkeit" zu prüfen, die an eine Kontrolle der Währungs, Finanz, und Außenhandelspolitik des Jeweiligen Kreditsuchenden Staates gebunden ist.

Wobei gerade die sog. Entwicklungshilfe ein Werkzeug der Industriestaaten ist, um direkte Kontrolle über die Ökonomien und damit verbunden die Lebensumstände der Menshen im Trikont auszuüben. Der Begriff Entwicklungshife soll suggerieren, daß diese Gelder dazu dienen die Verhältnisse in den peripheren Ländern den unseren anzugleichen (abgesehen davon, daß das nicht unbedingt Wünschenswert ist) "schon die Vorstellung ist unerträglich, daß es in Afrika mal so aussehen soll wie in Sindelfingen oder Wanne Eickel — Zitat aus der Broschüre "der internationale Währungsfond od. Vernichtung hat Methode"

Tatsache ist jedoch, daß sich das Ar-

mutsgefälle zw. Metropolen und Peripherie ständig vergrößert. Lag das Einkommensverhältnis zwischen Reichsten und Ärmsten 20% der Weltbevölkerung 1960 bei 30:1, so betrug es 1989 bereits 59:1 .Tatsache ist ebenfalls, daß Staaten die mehr als 4% ihres Nationalproduktes für Rüstung ausgeben, etwa doppelt soviel "Entwicklungshilfe" erhalten, wie jene die sich mit weniger Militärausgaben zufriedengeben...

Während die meisten Menschen in den Metropolen in dem Glauben leben, die Länder im Trikont wären unfähig mit den vielen Milliarden der "Entwicklungshilfe" sinnvoll" zu arbeiten, "wo wir alle doch soviel zahlen damit es den ärmsten da unten besser geht", ist den wenigsten Leuten hier bekannt, daß die Staaten der Peripherie seit 1982 unfreiwillig zu Kapitalnettoexporteuren geworden sind - d. h. die Schuldenlast der Trikontländer betägt zur Zeit ca. 1100 Mrd.\$. Die jährliche Kapitalrückzahlungsrate + Zinsen beträgt 150- 170 Mrd \$ demgegenüber stehen staatliche"Entwicklungshife"(stand 1989) +Exportkredite + Privater Kapitalfluß + internationale Bankkredite + internationale Hilfe (z.B.Rotes Kreuz)- in Summe ca. 107 Mrd.\$; daraus ergibt sich ein Kapitalnettoexport aus den peripheren Ländern in den Industrieländern von 40-60 Mrd \$ jährlich !!! Gleichzeitig werden westliche Industriegüter aufgruund der schwankenden (sinkenden) Rohstoffpreise für die ökonomisch ärmsten Staaten immer unerschwinglicher. Z.B. eine Schweizer Lok kostete 1980 12910 Säcke Kaffee (1 Sack = 60kg); 1990 kostete die selbe Lok bereits 45800 Säcke Kaffee. (Fortsetzung im nächsten TATblatt)

- Es reicht! Widerstand tut Not. laßt uns den Herrschenden in ihre Hummersuppe spucken!
- Gegen das WWG-Mördertreffen in München!



Quellen: Broschüre "Der internationale Währungsfond", Anti-WWG-Info, Presse, Standard, Financial Times

Materialien gegen den Weltwirtschaftsgipfel:

"Gegen IWF und Weltbank", Beiträge vom internationalen Gegenkongress/ Pahl-Ru-

"500 Jahre: Kontinuintäten kolonialistischer Politik", BUKO-Reader zur Kampagne 92, Informationsstelle Lateinamerika (ila) Heerstr. 205, D-53 Bonn 1●

Im folgenden veröffentlichen wir eine

Sachverhaltsdarstellung

unseres Redakteurs Peter, der — wie wir berichteten — zur Zeit der Eröffnung der EXPO in Sevilla verhaftet wurde und 19 Tage in Spanien in Untesuchungshaft verbrachte. Die Darstellung wurde nicht als Artikel verfaßt, dient hier aber nochmals als genaue Dokumentation der Situation, in der sich Peter und die anderen befanden, vor allem nach ihrer Verhaftung.

Im folgenden lege ich meine Sicht der Ereignisse zwischen dem 19. April 1992, etwa 20 Uhr. und dem 8. Mai 1992, etwa 20.30 Uhr, nieder, also zwischen dem Zeitpunkt meiner Verhaftung und dem meiner Ankunft in Österreich. Da die Ereignisse vor meiner Verhaftung Gegenstand eines laufenden Gerichtsverfahrens sind, möchte ich nur insoweit Stellung nehmen, daß ich mich bezüglich der mir vorgeworfenen Handlungen unschuldig fühle.

Am 19. April 1992 um ca. 20 Uhr ging mit einer Gruppe von Personen eine Straße entlang, als wir von vier Polizeifahrzeugen überholt wurden. Die Polizisten stiegen aus und forderten uns auf, uns an mit erhobenen Armen und gespreizten Beinen an die Wand zu stellen. Daraufhin wurden wir nach Waffen untersucht. Mir wurde meine Kamera und eine Tasche, in der sich Filme befanden, weggenommen. Als die Polizisten die Kamera nicht öffnen konnten, um den Film herauszunehmen, drohten sie mir mit Gesten, die Kamera auf den Boden zu werfen, wenn ich sie nicht aufmachen würde.

Wir wurden bei dieser Verhaftung nicht geschlagen. Ich habe aber von anderen Personen gehört, daß sie bei ihrer Verhaftung geschlagen worden seien. Wir mußten etwas später an einem anderen Ort von dem Polizei-PKW in eine Gefangenentransporter umsteigen. Aus dem Polizei-PKW sah ich auch, wie andere Personen geschlagen wurden.

An dem Ort, zu dem wir mit dem Gefangenentransporter gebracht wurden - ein Hof einer Polizeikaserne oder eines ähnlichen Gebäudes -, mußten wir uns mit erhobenen Armen und gespreizten Beinen an einer Wand aufstellen. Auf dem Weg vom Gefangenentransporter zu dieser Wand wurden wir von Polizisten, die dazwischen standen, mit Polizeiknüppeln geschlagen. An dieser Wand mußten wir etwa zwei Stunden lang in dieser Haltung stehen. Wenn sich eine Person bewegte oder die Arme etwas sinken ließ, wurde sie sofort geschlagen. Eine Frau, die als übernächste links neben mir stand. konnte offensichtlich nicht mehr in dieser Haltung verharren - trotzdem wurde sie, teilweise am Boden liegend, weiter geschlagen. Ich konnte sie schreien hören und hören, daß sie weinte. Auch andere Personen wurden immer wieder sehr hart geschlagen, so daß ich ihre Schreie hören konnte, obwohl sie mehr als zehn Meter entfernt von mir standen. Es war unmöglich, etwas zu sehen, weil wir den Kopf an die Wand halten mußten und nicht nach rechts oder links sehen durften. Auch sprechen war verboten. Zuwiderhandlungen wurden sofort mit Knüppelschlägen bestraft.

Während dieser Zeit ging einmal eine Gruppe von Polizisten die Reihe entlang und trat mit den Füssen gegen die Knöchel der einzelnen Personen, bis der Abstand zwischen den Füssen der jeweiligen Personen mindestens einen Meter betrug. Ein anderes Mal ging eine Gruppe von Polizisten die Reihe entlang, jede und jeder mußte den Kopf nach links hinten drehen, wurde dann mit einem Pistolenmagazin oder einem ähnlichen harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen und mußte den Kopf wieder zur Wand drehen.

Nachdem die Sonne untergegangen war, mußten die Leute in Dreiergruppen zum Zellen-

trakt gehen. Dabei wurden ebenfalls alle von Polizisten, die auf dem Weg dorthin standen, geschlagen. Insgesamt bin ich so von etwa dreißig bis vierzig Polizisten geschlagen worden, was ungefähr ebensoviele Hiebe bedeutet. Nicht berücksichtigt ist die Zeit, während der wir an der Wand stehen mußten. Bevor wir zu den Zellen gebracht wurden, mußten wir uns an einer Wand im Keller nochmals für etwa 10 min. in der beschriebenen Haltung aufstellen. Ich wurde dort allerdings nicht mehr geschlagen.

Wir wurden dann in ausgekachelte, leere Zellen gebracht. Alle Frauen befanden sich in einer Zelle, ebenso alle Männer. Nach einiger Zeit wurden immer wieder Personen herausgerufen, mußten ihre Identität angeben und angeben, ob von den Sachen, die die Polizisten offenbar den Leuten bei der Festnahme weggenommen hatten, etwas zu ihnen gehörte. Ich verstand das nicht gleich, weil ich kein Spanisch spreche, und hätte auf diese Art beinahe meine Kamera und die dazugehörigen Objektive (im Gesamtwert von etwa öS 8.000) verloren. Sämtliche Filme, die mir und anderen Personen weggenommen wurden, waren aufgebrochen oder aus den Patronen herausgezogen und auf diese Art unbrauchbar gemacht worden; sie lagen in diesem Zustand bei den anderen Dingen. Ich habe leider nicht daran gedacht, daß ein auf diese Art für mich unbrauchbar gemachter Film trotzdem als Beweismaterial dienen könnte. Der gesamte Materialwert meiner Filme lag bei etwa öS 1.000 bis 1.500; der Verkaufswert des vernichteten Materials ist kaum abzuschätzen, liegt aber noch um einiges höher.

Wir wurden vorübergehend in eine andere Zelle verlegt und bekamen dann dort Matratzen und Decken. Vorher mußten wir auf den kalten Fliesen sitzen oder liegen. Wir bekamen in diesen Zellen nichts zu essen und konnten nur selten aufs WC gehen oder Wasser trinken, es gab auch kein WC-Papier.

Am Morgen des darauffolgenden Tages wurden wir in ein anderes Gebäude verlegt. Dort wurden wir zu zweit in kleine, finstere Zellen gesteckt, manche auch zu dritt oder zu viert. Die Zelle war so aufgebaut, daß sie gegenüber dem Gang zunächst durch eine Tür aus massivem Stahl (oder ähnlichem) getrennt war, dann folgte ein etwa 1.5 qm großer Raum mit einem WC und einem Waschbecken, dann folgte noch eine Wand mit einer Gittertür und dann erst die eigentliche Zelle. Für gewöhnliche waren dabei beide Türen verschlossen, so daß wir nur äußerst selten Wasser trinken oder aufs WC gehen konnten; selbst wenn wir schrieen, wurden die Schreie erstens nicht sonderlich laut gehört und zudem meistens ignoriert. Weder in diesen noch in den oben beschriebenen Zellen gab es Tageslicht, sondern ausschließlich künstliche Beleuchtung. In der Zeit in dieser Zelle bekam ich insgesamt vier "Bocadillos" (Gebäck mit Wurst oder Käse) zu essen.

Bis zum Vormittag des darauffolgenden Mittwoch befanden wir uns mit Unterbrechungen in diesen Zellen. Während dieser Zeit wurde ich erkennungsdienstlich behandelt, verhört und einmal zum Justizpalast gefahren und dann aber wieder zurückgebracht, ohne mit einem Richter gesprochen zu haben. Auf dem Rückweg mußten

wir in einem Gang, der von der Einfahrt zu den Zellen führte, durch ein Spalier von Polizisten einer Alarmabteilung oder ähnliches, die uns mit Knüppelstichen, Beinstellen, Stoßen und ähnlichem zu schikanieren versuchten.

Außerdem wurden wir in diesem Gebäude in Gruppen in einen Identifikationsraum mit Spiegelglasfenster gebracht. Dort mußten einzelne Personen vortreten und sich dann jeweils auf Befehl um 90 Grad nach rechts drehen, eine dieser Personen war ich.

Am Vormittag des Mittwoch, 22. April, wurden wir erneut zum Justizpalast gefahren und blieben dort bis zum Abend des selben Tages. Wir waren dort in größeren Zellen (etwa 15 qm) als Gruppen von 10 bis 15 Personen. Auch dort bekamen wir nur einmal gegen Abend ein Bocadillo zu essen, WC und Wasser befanden sich allerdings in der Zelle.

Im Verlauf dieses Tages wurden wir in kleinen Gruppen in Handschellen zu einem Haftrichter gebracht. Dort sah ich das erste Mal eine Angehörige des österreichischen Konsulats, Frau Tetmayer, die dort übersetzte und sowohl mit mir als auch mit Personen aus der BRD ein Gespräch führte. Das Gespräch mit dem Haftrichter ist amtlich protokolliert und müßte den Akten beiliegen. Eine Frage des Haftrichters richtete sich übrigens darauf, woher die Hämatome auf meinen Schultern seien, woraufhin ich die Situation vom Sonntag kurz schilderte. Meiner Ansicht nach ist diese Aktennotiz insofern wertvoll, als nur einige Personen diese Hämatome gesehen haben. Nach dem Gespräch mit dem Haftrichter wurde ich allerdings noch zu einer Gerichtsärztin gebracht.

Bei den Einvernahmen durch den Haftrichter befand ich mich unter den ersten sechs Personen, die einvernommen wurden. Nach dieser Gruppe wurden die Einvernahmen erst nach einer längeren Pause durch einen anderen Richter fortgesetzt. Sämtliche Personen, die nicht spanische Staatsbürger oder Staatsbürgerinnen waren und in Untersuchungshaft eingewiesen wurden, befanden sich in dieser Gruppe, die zu Beginn einvernommen wurde. Das heißt, ein Grund für die Einweisung in die U-Haft kann in der unterschiedlichen Rechtsprechung durch verschiedene Richter liegen, da sämtlichen Personen, mit denen ich mich an diesem Tag in der gleichen Zelle befand, der selbe Handlungsvorwurf gemacht wurde.

Um etwa 18.00 erfolgte dann die Überstellung in die Untersuchungshaft. Ab diesem Zeitpunkt befand ich nur mehr mit Thomas Schrödter, einem deutschen Staatsbürger, zusammen. Bei der Übernahme in die Untersuchungshaft wurden wir von einem Beamten getreten und beschimpft, der sich später als der 'Jefe de Centro', also als Direktor des Gefängnisses, herausstellte. (Ich denke, daß diese Übergriffe zu geringfügig sind, um konkrete Schritte zu setzen, aber es gibt keinen Grund, darüber zu schweigen.) Die erste Nacht wurden wir in Einzelzellen untergebracht. Erst am nächsten Tag erhielten wir Essen und sanitäre Utensilien und wurden dann in einen anderen Teil des Gefängnisses mit Gemeinschaftszellen verlegt.

Die Behandlung während der Untersuchungshaft war den Umständen entsprechend "in Ordnung". Wir waren keinen Willkürakten oder ähnlichem mehr ausgesetzt, unsere menschlichen Grundbedürfnisse wurden nicht mehr in dem Maße verletzt, als dies während der Polizeihaft der Fall war. Wir konnten mit einem Anwalt, der Konsulatsangehörigen Frau Tetmayer und auch mit uns nahestehenden Personen sprechen. Ich habe allerdings von Personen, die in einem anderen Gefängnis, Sevilla-2, wa-

ren, daß ihre Anträge erst nach mehrmaligem Urgieren bearbeitet wurden. Das war bei uns nicht der Fall.

Am Mittwoch, dem 5. Mai, um etwa 16.00 wurden wir dann in Abschiebehaft überstellt. Am Vormittag des Donnerstag. 6. Mai, wurden uns Kopien der Gerichtsentscheide, die unsere Abschiebung begründeten, ausgehändigt. Diese waren nicht vollständig: offenbar fehlt zumindest eine Kopie, da ein Text am Ende der Seite mitten im Wort abbricht, ohne daß irgendwo eine Fortsetzung existieren würde. Wir konnten dort sowohl mit uns nahestehenden Personen sprechen als auch mit dem Anwalt und mit Frau Tetmayer.

Am Abend des Donnerstag wurde ich in eine Zelle verlegt, die sich im Gegensatz zu unserem vorherigen Aufenthaltsort nicht im Keller befand. Diese Zelle war klein (3-4 qm); trotzdem wurden wir in diesen Zellen zu zweit und später zu dritt untergebracht. Ich war zeitweise mit einem polnischen Staatangehörigen in der gleichen Zelle, der verhaftet worden war, weil er keine Dokumente (Paß oä.) vorweisen konnte: ein Freund wollte seinen Paß bringen, wurde aber ebenfalls in die Zelle "gesteckt". Ich finde dieses Verhalten völlig unverständlich und jeder Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit zuwiderlaufend. Ob die beiden abgeschoben oder freigelassen wurden, habe ich nicht mitbekommen.

Ich haben an diesem Abend des 6. Mai nach einem Medikament verlangt, das das Risiko eines epileptischen Anfalles senkt, weil ich am nächsten Morgen in der Früh abgeschoben werden sollte und einen epileptischen Anfall befürchtete, weil Schlafunterbrechungen das Risiko epileptischer Anfälle bei mir wesentlich erhöhen. Diese Medikament haben mir nahestehende Personen zuvor bei ihrem Besuch bei der Fremdenpolizei für mich abgegeben. Trotzdem wurde mir das Medikament nicht gegeben, sondern gesagt, daß ich am nächsten Tag den Arzt

sehen könne.

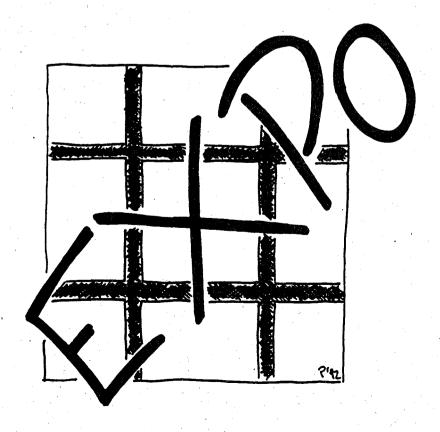
Am Morgen des Freitag wurde ich dann zum Flughafen und mit einem Inlandsflug nach Madrid gebracht. Dort befand ich mich für etwa fünf Stunden in einem bewachten Warteraum. Obwohl ich an diesem Tag noch nichts gegessen hatte, wurde mir Essen verweigert. Am Nachmittag des Freitag wurde ich mit dem Flugzeug nach Wien weiter abgeschoben. Ich kam dort um etwa 20.00 Uhr an und wurde nach meiner Ankunft von der Grenzpolizei nach dem Grund meiner Abschiebung befragt. Um etwa 20.30 war ich dann frei.

Wie erwähnt, habe ich gelegentlich epileptische Anfälle. Ich stehe zur Zeit nicht unter Therapie, nehme aber in Situationen, in denen ich eine Schlafunterbrechung befürchte, Valium, das die Wahrscheinlichkeit eines Anfalles deutlich senkt. In der Polizeihaft sind immer wieder solche Situationen aufgetreten; ich habe mich aber aufgrund von Sprachunkundigkeit und der Art, wie wir behandelt wurden, nicht in der Lage gesehen, Medikamente zu verlangen. Insofern ist es beinahe ein Wunder, daß ich während dem gesamten Haftzeitraum keinen Anfall erlitten habe. Der Anstaltsarzt des Untersuchungsgefängnisses hat die Tatsache, daß ich Epileptiker bin, erst gar nicht notiert, als er erfahren hat, daß ich zur Zeit ohne Therapie bin.

In Sevilla werde ich von dem Anwalt José Maria Nunez Jimenez vertreten. Soweit Sie rechtliche Schritte setzen, bitte ich Sie, sich mit ihm abzusprechen.

Soweit meine Sicht der Ereignisse, auf das Wesentliche reduziert. Es ist möglich, daß ich einzelne Fakten übersehen oder vergessen habe; ich habe mich aber bemüht, diese Sachverhaltsdarstellung nach bestem Wissen und Gewissen zusammenzustellen.

Peter Rodinger



EIN JAHR RECHTSHILFE-DISCO

(Flugi)

Dem einen oder der anderen wird vielleicht schon aufgefallen sein, daß seit ca. einem Jahr im EKH eine alldonnerstagstägliche Veranstaltung unter dem Namen Rechtshilfe-Disco läuft. Das könnte einen Gedankengang wie den folgenden auslösen: "Rechtshilfe? Ist das nicht jene Telefonnummer, die mensch, so auf ner Demo in die garst gen Fänge der Staatsgewalt geraten, anrufen muß, einer autonomen Telefonseelsorge gleich? Aber warum Disco?"

Falsch. Uns kann mensch nicht anrufen, uns geht es darum, den Leuten ihr Geld aus den Taschen zu ziehen (notfalls auch haubitzenmäßig abzufüllen), um es bei Gelegenheit auf die Konten schwerverdienender Anwälte umzuleiten, die noch bereit sind, sich auch in weniger prestigeträchtigen Fällen (mehr oder weniger) zu engaieren. Nebenbei können BesucherInnen der Disco zu ausgesuchten Scheiben ein wenig tanzen, an der Theke plaudern und mit etwas Glück auch mal ein Video sehen.

Nüchtern betrachtet, wollen wir nur das eine:(Euer) Geld...

Rückblick:

- * Am Anfang war der Opernball-Prozeß von Georg, der in die 2.Instanz gegangen ist, und dementsprechend teuer war.
- Weiter gings mit Michael, der bei einer Demo einen Bullen mit einer Baby-Rakete schwer verletzt haben soll und mit
- * Jürgen, der nach einer Bullenschikane und Schlägerei ebenfalls im Häfn saß.
- Christian wurde in Graz verhaftet, offensichtlich, weil er das touristische Stadt-

bild durch seine Anwesenheit zu sehr beeinträchtigt hatte. In Grauz regiert der Geist der "Volkserhebung" noch ungebrochen, nachzulesen im Verhandlungsprotokoll, merkbar im Strafausmaß und Haftbedingungen. Immerhin wurde Christian mittlerweile nach Wien verlegt.

- Eine Geldstrafe von Martin wegen Körperverletzung an einem Kontrollorgan der Wiener Verkehrsbetriebe, wurde bezahlt.
- * Zwei kurdische Genossen wurden mit Kohle für Anwälte unterstützt.
- Die Gefangenen bekommen Spenden der BesucherInnen direkt für die Ausspisung im Häfn.
- Schließlich unterstützten wir das Solikomitee für die Gefangenen in Sevilla (Expo-Eröffnung) ein bißerl.

Ausblick in die Zukunft

"Geld allein macht nicht glücklich!"

(K.Marx, Briefe an Einstein, S 326). Anwälte rühren ohne selbiges aber akum einen Finger, und die Möglichkeiten, Gefangene jenseits anwaltlicher Vertretung zu unterstützen, sind durch die österreichische "Strafvollzugs"-Praxis stark begrenzt - drei POackerl im Jahr, restrektiver und überwachter Besuch, Briefzensur, und alle möglichen bürokratischen Schikanen...

U-Richter haben monatelang nahezu unbeschränkte Macht über Gefangene und damit auch über Angehörige, FreundInnen, sie lassen Akten gerne verschimmeln, so wie die Leute im Häfn.

Die Bezahlung von Anwälten kann aber nur ein erster Schritt sein. Weg von der Reaktion auf Repression gegen das System der Isolation., aufbau funktionierdener Kommunikationssysteme nach drinnen und draußen, sowie der Leute untereinander, um Unsicherheiten und Gerüchteküchen zu vermeiden. Offensiv-agitatorisches Vorgehen gegen Richter und Buller: Veröffentlichung von Erlebnisberichten, Verhandlungsbesuche und -störungen und stürmungen; Druck von außen: Telefonketten und Telefonterror (Wachzimmer, U-Richter); Häfendemos, Solikonzerte. In späterer Folge natürlich die Revolution (oder der Ankauf der Rechtshilfe-Kawa 750 Chopper Cptn. America Bj. 73 anm. tip. a mountain Bike oda a skateboard waren bessa !!!!)

Ob irgendwas davon realistisch ist, hängt davon ab, ob's wer macht. Wer nähere Infos haben will oder hat, soll donnerstags so gegen 19 Uhr im EKH-Keller vorbeikommen und die Leute dort anquatschen. Wer mitarbeiten will, ist herzlichst dazu eingeladen.

EKH, 10. Hieb (1100), Wielandgasse Ecke Gudrunstr. U1 Keplerplatz

Anermerkung:

Aus technischen Gründen gibts leider zur Zeit keine Rechtshilfe Disco, aber so etwa Mitte Juni soll wieder mit voller Power weitergehen. Ob Delirium Clemens, neben Katafi wohl eine der schillernsten Perönlichkeiten des Wiener Undergrounds, demnächst die BesucherInnen der Rechtshilfe-Dico auf eine Musikalische Reise schicken wird, ist leider noch nicht termintechnisch geklärt.

Haven bleibt!

Die Widmung des Geländes wird auf die

bestehenden Bedürfnisse abgestimmt: ei-

nerseits Nutzung der vorhandenen Park-

platzfläche für PendlerInnen o.ä., anderer-

seits Erweiterung und Unterstützung eines

die Havenzeile bleibt als Kulturzentrum

erhalten; 5 Prozent der Fläche für Kul-

* der restliche Teil des Geländes könnte

als Stadtgarten, Erholungsraum

und/oder Skateboardplatz - bestenfalls

als Multifunktionaler Kulturpark - ver-

offenen Kulturraums, das heißt,

tur, ist das zuviel?

wendet werden.

Unser Vorschlag für

die Stadt Innsbruck:

(offener Brief vom Haven)

Die Stadt Innsbruck "strebt in Innsbruck-west einen provisorischen Einpendlerparkplatz an" (Stadtnachrichten Mai 92) und stellte der Innwest GesmbH ein Anbot zur Anmietung der "Rettergründe". Der Haven-Trägerverein Kulturkontrast möchte seine kulturellen und sozialen Aktivitäten am selben Gelände fortsetzen.

Der Haven mit seinen 4 Häusern entwickelte sich in drei Jahren zu einem anerkannten Ort für kulturelle Veranstaltungen, Proberäume, Atelier- und Wohnraum für Innsbrucks/Österreichs Jugend- und Kulturszene.

Seit Herbst 91 nimmt der WIFI-Parkplatz vorübergehend (ca. noch 1/2 Jahr) die Hälfte des Geländes ein. Das Nebeneinander von Kultur und Verkehr existiert also schon.

Hallo Havenleute:

(Antwort auf euren Brief)

Schickt uns doch mal einen richtigen Artikel, was so bei euch los ist im Haven und der Stadt (am besten gleich auf Diskette). Ein Foto wäre auch ganz nett, das wir uns in der Provinz auch mal was unter Haven vorstellen können. Auch wenn ihrs nicht glaubt, wir kriegen wirklich nichts (absolut nichts) mit, was in Innsbruck oder anderen Städten läuft. Viele Grüße, Tb. Dazu soll die Stadt als Vertreterin der Interessen der Bevölkerung unseren Vorschlag in die Planung einbeziehen!

Damit werden mehrere Probleme auf einen Streich gelöst:

- der Kultur- und Lebensraum Haven kann sich weiter entwickeln; über 4000 Unterstützungserklärungen (Stand Anfang Mai 92) untermauern dieses Bedürfnis.
- die Unsicherheit über die Nutzung dieses Geländes wird beseitigt (der Mietvertrag des Haven endet am 28. Juni 92).
- * Innsbruck gewinnt einen Kulturpark in einer Verkehrüberlasteten Stadtzone, Aufwertung der Peripherie.
- Das Verkehrskonzept zur Entlastung der Innenstadt kann in diesem Bereich verwirklicht werden, ohne daß ein abstoßender Riesenparkplatz entsteht.

Kontaktadresse: haus am haven verein kulturkontrast innrein 149-157, innsbruck tel.: 56 72 64

EIN BERECHTIGTER ANGRIFF AUS GRIECHENLAND.

Zur Vorgeschichte: Im Tatblatt minus 55 vom 12. Februar 1991 über "Streikbewegungen und Hausbesetzungen in Griechenland" war unter anderem zu lesen gewesen (Kursives von der Red.): "...So gab es vor 2 Wochen einen Zwischenfall, der in Zukunft möglicherweise an Bedeutung gewinnen wird. Ein bekannter Szene-Typ (einige behaupten allerdings, daß er ganz sicher ein Spitzel ist) bastelte gerade an einer kleinen Bombe, als diese in seiner Hand explodierte. Fazit: Hand ab, eine Auge weg. Nun kamen natürlich auch die Bullen, und konstruierten die Existenz einer terroristischen Vereinigung. Dazu muß man/frau wissen, daß erst vor zwei Monaten ein Gesetz nach Vorbild des deutschen 129a erlassen wurde, das sogenannte "Antiterrorgesetz". Und da kommt natürlich eine nebulose terroristische Vereinigung sehr gelegen, um die unliebsamen Gestalten aus den besetzten Häusern besser einordnen zu können. …".

In dem Absatz, der mit "Organisation 17. November" übergetitelt ist steht unter anderem: "...Es ist bisher jedenfalls nicht gelungen, auch nur ein einziges Mitglied dieser Organisation zu verhaften, obwohl sie schon seit Jahren immer wieder Anschläge auf Personen oder Büros durchführt. Es mehren sich jedoch auch Vermutungen (vor allem in Kreisen der autonomen Linken), daß es sich hier um eine von Militärs gesteuerte Organisation handeln könnte, ganz nach dem Vorbild von Gladio in Italien. Oder daß diese Gruppe zwar den Militärs und/oder der Polizei nahesteht, aber eine eigene Politik der Destabilisierung verfolgt. Doch all dies sind nur Spekulationen. So müssen wir uns damit begnügen, die jüngsten Sprengstoff- und Raketenanschläge als das zu vermerken, das sie zu sein scheinen. Nämlich als Proteste gegen den amerikanischen Terror am Golf und gegen die Politik der sogenannten Aliierten."

Diese Textausschnitte stammen zum Teil von einem nicht gekennzeichneten Artikel aus der ANNA (Andere Nachrichten), Ausgabe 1/1991. Sie wurden in der Folge aus dem Tatblatt ins Radikal 3/91 übernommen. Zu diesen Texten kamen zwei Entgegnungen aus Griechenland, die wir hier ungekürzt übersetzen.

AN DIE HERAUSGEBERINNEN DES TATBLATTS. Athen, 22. Mai 1922

WAS HABT IHR EUCH DABEI EIGENTLICH GEDACHT?

Wir lesen im Radikal (Nr. 122, 3/91) einen Artikel, der von euch bezogen wurde (Gott sei Dank bekommen wir Eure Zeitschrift nicht zugeschickt) und werden dabei mit einem Ausmaß von Verantwortungslosigkeit konfrontiert, mit dem Ihr nicht nur nicht existierende Tatsachen über die Zustände hier in Griechenland und im besonderen in Athen an die Öffentlichkeit bringt, indem Ihr irgendwelche nichtexistierenden "Autonomen" erfindet, sondern auch Tatsachen, die nur eine sehr kranke Phantasie (oder womöglich noch etwas anderes) hervorbringen konnte.

Wir haben jedenfalls nicht ausfindig machen können, wo Ihr Eure Information her habt, die Ihr da veröffentlicht, aber Ihr habt Euch natürlich nicht die Mühe gemacht, nachzufragen, wie sich denn diese Informationen mit der Wirklichkeit vertragen.

Die Lügen, die hier veröffentlicht werden, sind so zahlreich, daß es viel Arbeit und Mühe erfordern würde, was diese Texte betrifft, die Tatsachen wieder zu berichtigen.????

Am schwerwiegendsten ist allerdings, daß ihr Verleumdungen und Beschmutzungen des Anarchisten KYRIAKOS MAZO-KOPOS geäußert habt, von dem Euch einige Leute (wer und wann?) gesagt haben, daß sie annehmen (Anm. Tatblatt: im Original steht sogar: behaupten), daß er sicher ein Spitzel ist. Ihr habt es nicht gewagt, ihn namentlich anzuführen, wobei ihr die Verleumdung mittels einer vermuteten Anony-

mität in der Schwebe belassen habt, wo doch im Grunde die Beschreibung auf keine andere Person zutreffen kann.

Ihr habt die Verpflichtung, eure Behauptungen zu belegen, andernfalls müßt ihr all das widerrufen, was Ihr in dem in Frage stehenden Tatblatt-Artikel geschrieben habt. Vielleicht ist das ein Anlaß für euch, darüber nachzudenken, wie unehrlich und feindlich ihr gegenüber Menschen und Situationen handelt, von denen ihr offensichtlich überhaupt nichts wißt.

Jedenfalls habt ihr die Quelle eurer Information zu nennen, (die wie wir meinen, zum mindesten als verdächtig, wenn nicht ärger, als böswillig einzustufen ist).

Solltet ihr uns aber nicht sagen wollen, wer euch diese Verleumdung Mazokopos' hat zukommen lassen, dann bliebe uns nichts anderes übrig als anzunehmen, daß ihr sie selbst erfunden habt - und das wäre allerdings arg.

Für alles Übrige verweisen wir euch kurz auf das Schreiben, das -wir der *Radikal* gesandt haben, und das wir euch ebenfalls, zusammen mit den Anarchistischen Nachrichtenbulletin zukommen lassen., das im März 1992 in Englisch von der Gruppe *Anarchistischer Wirbel* herausgegeben wurde.

Wir meinen, daß es für euch notwendig ist, daß ihr diesen beiden Briefe in der Zeitschrift, das ihr herausgebt, veröffentlicht, und daß ihr auf alle Fälle sobald wie möglich eine Stellungnahme zu dieser Angelegenheit abgebt.

Wir sind nicht bereit, uns mit diesen Verleumdereien abzufinden. Wir teilen euch hier mit, daß wir auf alle Fälle diese Briefe einer Anzahl von Gruppen auf der ganzen Welt zukommen lassen werden, denn wir stellen uns ganz klar und radikal gegen alles, was eine Beleidigung, eine Verdrehung und eine Verleumdung der sozialen Kämpfe und sozialer Kämpfer darstellt.

Der Anarchistische Wirbel
Die Anarchistische Zeitung "Meuterei der
Engel"
Zeitung "Anarchistischer Eingriff"
Die Antiautoritären von N. Liossia
Die Anarchistische Zelle "Ohne Autorität"

die Anarchistische Initiative Joannina.

Antworten an: P. O. BOX 30658 Athen 10033 Griechenland

Aus Zeitgründen erscheint die Stellungnahme des TATblatt erst in der nächsten Nummer

AN DIE HERAUSGEBERINNEN VON RADIKAL

Athen, 22. Mai 1992

ES IST EINE SCHANDE, DASS SOLCHE ARTIKEL GESCHRIEBEN WERDEN!

Wir haben vor einigen Tagen den Artikel, der in Radikal 122, 3/91 erschienen ist, gelesen, der sich mit Griechenland und besonders mit der "Militanten Häuserbewegung in Athen" beschäftigt, sowie gleichzeitig einen weiteren kleinen Artikel über die Organisation 17. November. Wir sehen auch, daß am Ende des Artikels vermerkt ist, daß die Quelle eures Artikel das "TATBLATT" ist.

Zuerst wollen wir euch mal sagen, wie überrascht und wütend wir waren, als wir feststellen mußten, daß eure Zeitschrift alle diese Delirien veröffentlicht hat, ohne auch nur die grundlegendsten Tatsachen zu recherchieren und nachzufragen, ob sie auch der Wirklichkeit entsprechen.

Wir haben allerdings nicht die Absicht, uns mit allen diesen Lügen auseinanderzusetzen, denn das würde sehr viel Platz und Zeit erfordern.

Ihr sollt ruhig im Augenblick in der Dunkelheit verbleiben, in die euch eure Informanten hineingebracht haben, was die Gesamtheit der Ereignisse in Griechenland betrifft, als auch "Aktionen" von nicht-existierenden Autonomen.

Tatsache ist, und das halten wir für sehr wichtig, daß mit diesen Verleumdungen eines sozialen Kämpfers aufgeräumt werden muß.

Deshalb kommen wir direkt zur Sache.

In diesem Artikel schreibt ihr ganz eindeutig über einen Mann, der in der Szene bekannt ist, von dem einige Leute annehmen, daß er sicher ein Spitzel sei!!

Wir wollen jetzt einmal beiseite lassen, wie diese "einigen" von der Vermutung zur Sicherheit gelangen konnten, aber wir halten es für verantwortungslos, daß ihr einen sozialen Kämpfer besudelt, der seit 1973 bis zu dem Augenblick aktiv war, wo ein Sprengkörper, den er selbst hergestellt hatte, explodierte, seine linke Hand abriß und ihn an einem Auge blind machte. In der Folge wurde er verhaftet, war 18 Monate im Knast, und es kam zur Verhandlung, bei der das Antiterrorgesetz angewendet wurde, das dem 129a des Deutschen Strafrechts entspricht, dessen repressive Funktion ihr ja wohl gut kennt. Der Prozeß begann am 15. April, und bei diesem Prozeß wurden auch drei weitere Leute angeklagt. Ihnen wird die Teilnahme an der bewaffneten Gruppe Revolutionäre Solidarität vorgeworfen, einer Gruppe, die sich unter anderem auch zur Ermordung des Folterpsychiaters Maratos bekannt hatte

Da aber die Autoren des Artikels, als auch die Informanten es unterlassen, den Namen des Mannes bekannt zu geben, der bei der Explosion des Sprengkörpers schwer verwundet wurde, möchten wir euch informieren, daß er Kyriakos Mazokopos heißt. Er ist Anarchist, war an zahlreichen politischen Aktivitäten beteiligt und arbeitete an der Zeitung Anarchía mit, die bis zum Sommer 1990 existierte.

Wir möchten euch weiterhin mitteilen, daß, auf Winke der Nachbarn hin, die Bullen in seine Wohnung eindrangen, dort Gewehre, Sprengstoff und Druckwerke fanden, und darauf die Anschuldigungen gegen Mazokopos wie gegen die anderen drei Angeklagten aufbauen. Der Genosse Kyriakos Mazokopos weigerte sich von Anfang an, den Bullen irgendeine Auskunft zu geben, und nachdem sie ihn, obwohl er verwundet war, isolierten, begann er einen Hunger- und Durststreik, der, zusammen mit der Mobilisierung der Leute, die ihn und seine Aktionen unterstützen, den Staat zum Rückzug zwang, sodaß die Isolierung aufgehoben wurde. Gerade in diesen Tagen läuft der Prozeß weiter, und es ist noch nicht abzusehen, wie er ausgehen wird.

Wir, die anarchistischen Gruppen, die wir uns zur Koordination anarchistischer Gruppen und Individuen für soziale Solidarität und vielförmige Aktion zusammengeschlossen haben, haben uns vom Moment seiner Verhaftung an mit ihm solidarisch erklärt, und wir haben bis jetzt eine Reihe von Aktionen an verschiedenen Orten Griechenlands gestartet. Wir sind der Meinung, daß die Verleumdung des Namens eines ganz bestimmten Aktivisten aus dem anarchistischen Bereich auch gegen die sozialen Kämpfe und gegen uns gewendet ist. Vielleicht ist es nicht unwichtig, hier hervorzuheben, daß der Minister für Öffentliche Ordnung wiederholtermaßen in der Öffentlichkeit seiner extremen Verärgerung darüber Ausdruck verliehen hat, daß Leute sich mit ihm als sozialen Aktivisten solidarisch erklärt haben.

Es ist nicht erforderlich, daß sich irgend jemand rechtfertigt, aber wir finden, daß es unsere Aufgabe ist, ein Stück Information weiterzugeben, damit die Dunkelheit, die von den Herrschenden verbreitet wird, sich wieder erhellt.

Ihr sollt auch wissen, daß der Staat vom allerersten Moment an gegen Mazokopos gehetzt hat mit Hilfe von Flugblättern, die scheinbar von revolutionären Organisationen herkamen. In aller Öffentlichkeit konnten diese Machinationen widerlegt werden.

Aus diesem Grunde scheint die Information, die ihr veröffentlicht habt, einen sehr verdächtigen Ursprung hier in Griechenland zu haben.

Wir meinen, daß die ehrliche Wiedergabe der Wahrheit und die Anerkennung der Leute, die im sozialen Widerstand sind, eine revolutionäre Handlung ist.

Wir ersuchen euch nicht nur, diesen Text in Radikal zu veröffentlichen, sondern auch den Namen eurer Informationsquelle hier in Griechenland öffentlich zu machen. Wir schicken diesen Text auch an das TatBlatt, von dessen HerausgeberInnen wir verlangen, sie sollen den Namen der Personen oder der Personen bekanntgeben, die diese Information erteilt haben.

Nachdem aber nun die Geschichte auf der Grundlage der Lügen der Herrschenden geschrieben wird, und wir die Herrschenden auf allen Fronten bekämpfen müssen, senden wir gleichzeitig Abschriften dieses Textes an andere Gruppen von Genossen auf der ganzen Welt, um zuallererst der Verbreitung einer massiven Schmähung Einhalt zu gebieten, die in ihrer Form nur mit dem Gebrülle von Goebbels zu vergleichen ist.

Wir glauben, wir müssen euch noch einmal erinnern, daß die Verleumdungkampagnen gegen soziale KämpferInnen als Mittel für ihre Vernichtung eingesetzt wird. Diese Praxis wird durchgehend vom Staat und seinen Instrumenten befolgt, wie auch von verschiedenen Leuten, welche, um ihre Trägheit zu rechtfertigen, ihre Einbildung zur Realität machen, und das in verschiedene Richtungen ausstreuen. Als Alibi ziehen sie dann die lächerlichen Theorien des verächtlichen Gianfranco Sanguinetti heran, um Leute, gesellschaftliche Aktionen und Zusammenhänge anzugreifen, mit denen sie sich nicht identifizieren, und sich schließlich mit dem Staat und den Feinden der sozialen Revolution zu verbünden.

Wir schicken euch zusammen mit diesem Text eine Kopie des Anarchistischen Informationsbulletins, das über einige Ereignisse in Griechenland berichtet. Es wurde im März 1922 auf Englisch vom Anarchistischen Wirbel herausgegeben, der sich unter anderem mit Solidaritätsarbeit mit Kyriakos Mazokopos befaßt, für die wir uns in den letzten Monaten eingesetzt haben.

Wir haben weder etwas zu verbergen, noch verbergen wir uns hinter verantwortungslosen Hetzverleumdungen, noch müssen wir verbergen, wer wir sind.

Wir warten, wie auch immer die Reaktion sein mag, und *bald* auf eure Antwort an die Adresse: P.O. BOX 30658, Athen 10033, Griechenland -

mit der Angabe der Namen der Person, oder der Personen, die die Verleumdungen den Herausgebern des Tatblatts wie auch euch zukommen ließen.

(Anarchistischer Wirbel etc.: dieselben Unterschriften wie beim vorangegangenen Brief).

Innsbruck

- ⇒Samstag, 6. Juni; Disgrace: Punk aus Frankreich
- ⇒Samstag, 13. Juni; Rave and Brave: Big Sip (Wien)
- ⇒Mittwoch, 17. Juni; Skug Party: 3 Gordons, MG Firebug, Jochen Hampl
- ⇒Freitag, 19. Juni; HC/Punk: Nasrot (CSFR)/Nonoyesno (BRDDR)
- ⇒Samstag, 20. Juni; Demo-Präsentation: TBC What? und Gäste
- ⇒Fr./Sa./So., 26./27./28. Juni; Big Party:
 "3 Jahre Haven", bereits zugesagt haben: Sortir de Secour (Bad Ischl), Korova (Völs), DJ Moebius (Innsbruck) am Freitag. Out of Order (Innsbruck), The Thin End of The Wedge (Innsbruck), Fast (?) am Samstag. Extended Versions (Wien), Dharma Bums Insane und Sexual Spastics (Steyr), Beat The Treaty (Haven) dann am Sonntag.

Die Veranstaltungen beginnen grundsätzlich nie vor 22 Uhr (bis 21 Uhr 30 ermäßigter Eintritt).

Wien

- ⇒jeden Donnerstag, 19 Uhr; Rechtshilfedisco im EKH-Keller (10, Ecke Wielandgasse/Gudrunstraße)
- ⇒jeden Freitag, 16 Uhr; Radfahren am Freitag (Treffpunkt Radhausplatz)
- ⇒Mittwoch, 3. Juni, 20 Uhr; Audimax Uni Wien: Auftaktveranstaltung zur "Trans-ALPedes Wien-Nica 92" zu Fuß durch den Lebensraum Alpen, mit Tonbildschau
- ⇒Donnerstag, 4. Juni, 10 Uhr 30; Kundgebung am Stock im Eisen Platz: Start der TransALPedes-Tour, Wien-Nice. Ein Projekt zur Darstellung der ökologischen, sozialen und kulturellen Probleme des Alpenraums und zur Förderung und Vernetzung lokaler Initiativen und Gruppen. ab 11 Uhr gemeinsamer Zug über Kärntnerstraße, Mariahilferstraße nach Schönbrunn, 13 Uhr Führung durch den Tierpark mit Direktor Dr. Pechlaner (?)
- ⇒Donnerstag, 4. Juni, 15 Uhr; WUK-Hof (9, Währingerstr. 59): KRWYXE-AOHH-Fest der Bürogemeinschaft Schottengasse (ARGE f. Wehrdienstverweigerung, Kritisches EG Informationsbüro, ZAM, Initiative Österreich ohne Heer, EKG, SCI) mit Informationsbazar, Theaterecke und Bar/Buffet. Ab 19 Uhr 30 Hauptprogramm --Jedweder Küchenchor, Franz Hütterer (Kabarett), M.G. Firebuck, Extended Versions

- ⇒Mittwoch, 10. Juni, 20 Uhr; Offener Abend der IGARA (Amerlinghaus, Stiftg. 8, 1070): Bestandsaufnahme zum Rassismus in der österreichischen Innenpolitik. Höchstamtlicher Ehrenschutz für SS-Treffen -- Zilk fordert Abschiebung ganzer Familien bei Delikten "ausländischer Jugendlicher" -- größte Tageszeitung bestreitet straffrei die Vergasung von Millionen Jüdinnen und Juden -- rassistisches Aufenthaltsgesetz...
- ⇒Donnerstag, 11.Juni, 20 Uhr, Elektrotechnisches Institut der TU Wien (Hörsaal 8): Die Rolle der Türkei in der Neuen Imperialistischen Weltordnung, Diskussion mit VertreterInnen von Devrimci Sol Gücler.
- ⇒Samstag, 13. Juni, 15 Uhr; Michaelerplatz: 14. Wiener Radsternfahrt der ARGUS, Bezirkstreffpunkte unter 505 84 35 erfragen, Abschlußfest im Resselpark ab 16 Uhr
- ⇒Mittwoch, 17. Juni, Elektrotechnisches Institut der TU Wien (Kontaktraum 6.Stock): Palästina und die Neue Welt-Un-Ordnung, Diskussion mit Prof. Charlotte Teuber und dem PLO Botschafter in Wien.
- ⇒Freitag, 19 Juni, ab 19 Uhr: TATblatt-Solifest im Vorraum des Audimax der TU mit: Nar Malik - Lion Horse Posse - Zille 24 und DDDDisco - Videos -Tombola - Essen und Trinken, und und undunddnudn

Überall

- ⇒Infobus Miteinander Leben von Asylkoordination Österreich und der Plattform gegen Fremdenhaß; mit Bibliothek, Informationsmaterialien, Musik und Videokassetten, Austellungen, Plakate und Aktionsmaterial zu den Themen Migration, Flüchtlinge und Fremdenhaß.
 - Der Info-Bus ist seit 20. Mai durch Österreich unterwegs. Vorläufiger Fahrplan:
- ⇒11./12. Juni und 16./17. Juni; Uni Wien ⇒4. Juli; Ratsch (Stmk.)
- ⇒August; Bad Ischl, Bad Goisern, Salzburg
- ⇒27. 29. August; AKS-Fest, Salzburg Hellbrunnerstraße
- ⇒5./6. September; Volksstimme-Fest Wien
- ⇒13. September; Bad Kreuzen
- ⇒28. 30. September; Strobl, St. Gilgen
- ⇒1./2. Oktober; BG Vöcklabruck
- ⇒4. 8. Oktober; Linz, Begegnungstage

"Ich fordere die Einstellung aller Verfahren gegen Wehrdienst- und Totalverweigerer und die Streichung aller Strafbestimmungen aus Wehr-, Militärstraf- und Zivildienstgesetz.

Damit dies geschieht, fordere ich alle auf, Militärgesetze nicht zu befolgen."

Dieser Aufruf wurde bereits von 250 Personen unterzeichnet und in mehreren Zeitungen veröffentlicht -- die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen alle Beteiligten wegen "Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze". Die UnterzeichnerInnen antworten auf die Verfolgung mit "Sachverhaltsdarstellungen":

streng geheim

sein fetter arsch quillt über den bequemen, schwarzen ledersessel. rechts, in der zweiten schublade von oben, verstaubt der rest seines gehirns. spiegelblank blitzen die getönten scheiben und spiegeln den stummen mief bürokratischer überheblichkeit auf seiner krawatte.

aktenordner, bataillionsmäßig aufgereiht in den wandregalen, verkünden drohend wissen und macht, seine blassen hände streichen ruhelos über die verschrammte schreibtischplatte, die 25 watt glühbirne in der stehlampe neben seinem schreibtisch liegt in ihren letzten zügen.

langsam steigt die zornesröte seinen kopf hoch. vor lauter wut erstickt ihm fast die stimme und er krächzt, jault, stöhnt, schreit schließlich laut und herrisch: meier, meier (mit ei), wann werden sie diese verfluchte glühbirne wechseln.

meier stürzt aus dem nebenzimmer, reißt sich die ärmelschoner von der jacke, beugt kurz das knie und flüstert ergeben. herr hofrat erst gestern...

gestern interessiert mich nicht. sind sie dummes schwein nicht fähig, eine intakte glühbirne aufzutreiben? seinen fetten arsch kurz anhebend, um den aufgestauten winden freie bahn zu lassen, läßt er sich stöhnend wieder fallen. der bequeme, schwarze ledersessel quietscht.

meier, meier haben sie das gehört? was gehört? mein sessel. was ist mit dem sessel? meier sind sie nicht nur blöd, sondern auch taub, der sessel quietscht.

meier, der inzwischen die glühbirne aus der fassung geschraubt hatte, betrachtet diese versonnen und stopft sie dann langsam, aber höflich in das vorgesetzte, hofrätliche maul.

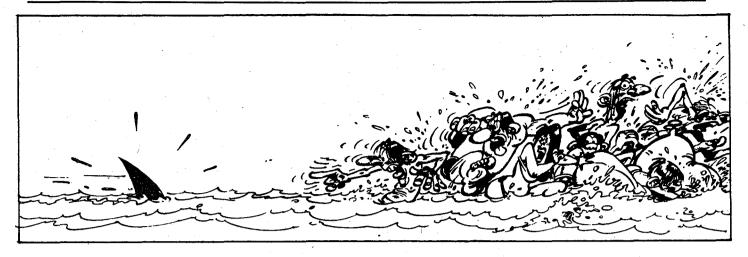
mit den worten, es quietscht, es quietscht, es quietscht, verläßt er den raum, beugt automatisch das knie und schließt die schalldichte tür.

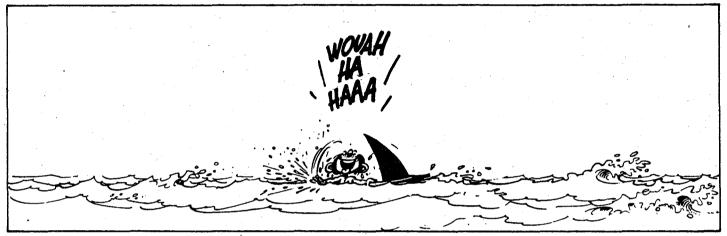
am abend liest er bekümmert die schlagzeile in seiner zeitung: CHEF DES

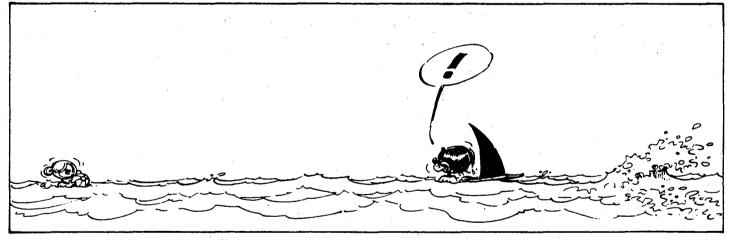
HEERESNACHRICHTENAMTES AN GEHEIMER BOTSCHAFT ERSTICKT

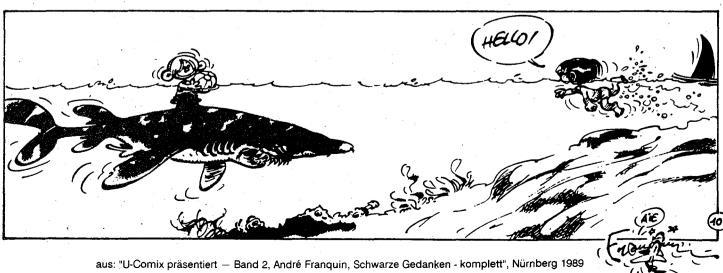
sigi maron, liedermacher

⇒ Kontakt: Gruppe für Totalverweigerung, 1010 Wien, Schottengasse 3a/59; Spenden: BAWAG Kto. 03510 761 706 Christian Helbock.









as TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitätsoder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern heraussuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

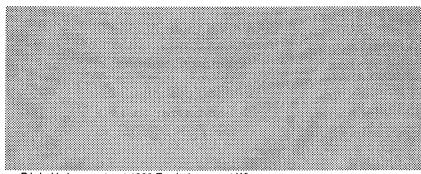
Das TATblatt-Kollektiv: TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße Telefon: (0222) 56 80 78; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

NICHT VERGESSEN! FR. 2000 403,3 FM RADIO DURRUTT

(leider nur in Wien)

Ein TATblatt-Abo kostet S 140,--- für 10 Ausgaben oder S 270,- für 20 Ausgaben, soferne deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 200,-Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unter-

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin "Unabhängige Initiative Informationsvielfalt" eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlänaerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: NEUNEUNEU! (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371 Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.



...und im Einzelnen:

WIEN 1: • BH Kolisch (Rathausstraße 18) • BH Südwind (Kleeblattgasse 4) • BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) • Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnertorpassage - beim U4-Abgang) • BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) WIEN 2: • BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) WIEN 3: • Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf "Unser Laden" (Apostelgasse 17) WIEN 6: ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) Platten Rave Up (Hofmühlgasse 9) WIEN 7: Platten Why Not (Kirchengasse) WIEN 8: • EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) • Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) WIEN 9: • BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) • BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) • Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) WIEN 10: • BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) • MieterInnen-Intèressensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) WIEN 15: Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) WIEN 16:

Beisl Cl: Payergasse 14)

Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) GRAZ: • Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) • Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfer-

gasse) • Bücherstube (Prokopigasse 16)

LINZ: • Alternativiaden (Zollamtsstraße 20) • BH Alex (Hauptplatz) INNSBRUCK: • Am Haven (Innrain 157) • Utopia (Tschamlerstr. 3)

SCHWERTBERG: • Kulturverein KANAL (Joseftal 21)

SCHWAZ IN TIROL: . Dritte Welt Laden

Anderungen vorbehalten! Stand April 1992